

III- 91 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1981 -05- 0 5

BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL,
GEWERBE UND INDUSTRIE

Bericht über den Stand der Europäischen Integration
hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie
über die von der Bundesregierung in Hinblick auf die
Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen

(Integrationsbericht 1980)

I

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A <u>Einleitende Bemerkungen</u>	1
B <u>Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandelsabkommen</u>	1
I Freihandelsabkommen Österreich-EWG	1
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein	1
2) Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen aufgrund des Beitritts Griechenlands zur Gemeinschaft	6
3) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungsregelung und Zollnomenklatur	7
4) Sensible Produkte	7
II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS	8
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein ..	8
2) Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte	9
III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)	10
IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Griechenland/Türkei	11
V Europäisches Patenübereinkommen	12
C <u>Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)</u>	13

II

	Seite
D <u>Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der</u>	
<u>Europäischen Integration</u>	16
I Der Warenverkehr	16
1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile)	16
2) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Import (Importquoten)	18
3) Entwicklung des Inlandmarktanteils der öster- reichischen Industriegüterproduktion	19
4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderweise Darstellung	20
II Die Industrie	28
Allgemeine Bemerkungen	28
Branchenspezifische Darstellung	28
1) Grundindustrie	28
2) Weiterverarbeitungsindustrie	31
3) Konsumgüterindustrie	33
III Die Landwirtschaft	35
1) Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie österreichische Schritte gegen- über der Gemeinschaft	35
2) Rinder und Rindfleisch	36
3) Milcherzeugnisse	37
4) Wein	39
5) Beitritt Griechenlands zu den EG	40
6) Beitritt Portugals und Spaniens zu den EG	41

III

	Seite
7) Veterinärrechtliche Fragen	41
8) Schafe	42
9) Birnendicksaft	42
IV Andere Bereiche	43
1) Arbeitsmarktpolitik	43
2) Raumordnungsfragen	44
E <u>Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten</u>	46
I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten	46
II Verkehrspolitik	47
III Wirtschafts- und Währungsfragen, informelle Kontaktgespräche Österreich-EG	48
IV Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes	50
V Fragen des österreichischen Lebensmittelrechts im Verhältnis zu den EG	51
F <u>Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften</u> <u>im Jahre 1980</u>	52
G <u>Schlußbemerkungen</u>	65
<u>Statistischer Anhang</u> (Tabellen 1 - 16)	

A Einleitende Bemerkungen

Die Bundesregierung legt nun den achten Integrationsbericht vor, der insbesondere die Maßnahmen der Bundesregierung im Hinblick auf die wirtschaftliche europäische Integration sowie die Auswirkungen der Integration auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1980 zum Gegenstand hat. Der Bericht sollte eine Grundlageninformation zur Prüfung des gegenwärtigen Standes der europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie zur Erörterung künftiger Entwicklungen bieten.

Die Bundesregierung wird bei den Beratungen des Berichtes im Nationalrat bzw. im Bundesrat weitere Informationen hinsichtlich aktueller Entwicklungen erteilen.

B Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Euro- päischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandels- abkommen

I Freihandelsabkommen Österreich-EWG

1) Tätigkeiten des Gemischten Ausschusses - Allgemein

Der Gemischte Ausschuss Österreich-EWG hielt je eine Tagung im Juni und Dezember ab, die insbesondere folgende Themenkreise zum Gegenstand hatten:

- Durchführung und Gestaltung des Freihandelsabkommens, insbesondere bei den Sonderbestimmungen für sensible Produkte sowie der Ursprungsregelung und den Schutzklauseln des Abkommens;

- Behandlung von Vorschlägen zur Reduzierung des Ungleichgewichtes im gegenseitigen Handelsverkehr mit gewerblichen und agrarischen Produkten sowie betreffend spezifische Schwierigkeiten im Export österreichischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Gemeinschaft
- grundsätzliche Erörterung von Fragen im Zusammenhang mit den Erweiterungsbestrebungen der Gemeinschaft (Griechenland, Spanien und Portugal)
- Meinungsaustausch über die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die Zusammenarbeit in geographisch größerem Rahmen, soweit diese auf die Integrationsbeziehungen Österreichs mit den EG von Einfluß sind (z.B. Rohstofffragen, multilaterale GATT-Verhandlungen, Frage der Durchführung von GATT-Kodices u.a.)
- die ad-hoc Behandlung bestimmter Fragen im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen (z.B. Zollfreikontingente und Richtplafonds für Papier und Papierprodukte, Einführung sogenannter spezialisierter Zollämter für Stahl und Textilien in Italien, Antidumpingmaßnahmen bei Baustahlgittern, Beschwerden hinsichtlich der österreichischen Lebensmittelrechtvorschriften).

Da das österreichische Handelsbilanzdefizit insbesondere im Jahre 1980 eine Größenordnung aufwies, die im Hinblick auf die Währungsreserven und die Grundsätze einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik auf längere Sicht nicht in Kauf genommen werden kann, war das Problem des Handels- und Leistungsbilanzdefizits gegenüber den EG Gegenstand einer eingehenden Behandlung im Gemischten Ausschuss und einer damit beauftragten Sachverständigen-gruppe.

Die österreichische Seite ließ sich hierbei von der Vorstellung leiten, daß die Gemeinschaft als weitaus wichtigster Handelspartner Österreichs bei ihren Überlegungen und Maßnahmen auf dieses grundlegende Problem für Österreich verstärkt Bedacht nehmen sollte.

Der Auffassung der Gemeinschaft, daß das österreichische Handelsbilanzproblem im wesentlichen in der Verteuerung der Energieeinfuhren begründet sei, und eine überdurchschnittliche Entwicklung der österreichischen Exporte in die EG eine Tendenzwende darstelle, wurde seitens Österreichs entgegengehalten, daß neben erhöhten Energiepreisen eine Reihe anderer wichtiger Faktoren, und nicht zuletzt Fragen der Durchführung und Gestaltung des Freihandelsabkommens mit den EG, zur schwierigen Handels- und Leistungsbilanzsituation beitragen. Diese Beratungen werden fortgesetzt.

Größeren Raum bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß nahmen Fragen des Warenverkehrs bei Papier und Papierwaren im Zusammenhang mit den Sonderregelungen des **Freihandelsabkommens betr. sensible** Produkte ein. Aus einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Papiersektors resultierten verstärkte Tendenzen in den EG zur Erschwerung der Einfuhr von Papier und Papierprodukten auch aus den Ländern des europäischen Freihandelsraumes, welchen seitens Österreichs mit entsprechendem Nachdruck entgegengewirkt wurde (siehe auch Ausführungen im Abschnitt B I 4).

Die Bemühungen Österreichs am Agrarsektor waren weiters darauf gerichtet, für den Export wichtiger agrarischer Produkte in die EG Erleichterungen zu schaffen. Obgleich die Gemeinschaft dem Verlangen Österreichs nach eingehender Behandlung agrarischer Fragen im Gemischten Ausschuß weiterhin ihren Rechtsstandpunkt entgegenhält, daß Agrarfragen vom Abkommen nicht abgedeckt seien, erweist sich die Darlegung der österreichischen Vorstellungen über die offenen agrarischen Probleme im Gemischten Ausschuß, an dessen Sitzungen auch die Delegationen der EG-Mitgliedstaaten teilnehmen, von wesentlicher Bedeutung (s. auch Ausführungen im Abschnitt D III 1).

Im Zusammenhang mit dem Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft fanden in Fortsetzung der exploratorischen Gespräche vom vorangehenden Jahr intensive Verhandlungen über Zusatzprotokolle zu den Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS statt. Die Beitrittsakte Griechenland-EG sowie das Zusatzprotokoll Österreich-EWG traten mit Jahresbeginn 1981 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die Zollbestimmungen für den EGKS-Sektor wirksam. (S. auch Ausführungen in Abschnitt B I 2 und D III 5).

Besondere Beachtung finden weiters die Verhandlungen der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal im Hinblick auf den Beitritt dieser Staaten zur Gemeinschaft. Infolge der Auswirkungen dieser Beitritte auf die Landwirtschafts- und Budgetpolitik der Gemeinschaft ist der Abschluß dieser Verhandlungen vor der ins Auge gefaßten grundlegenden Überprüfung dieser gemeinschaftlichen Politiken, d.h. vor 1983/1984, nicht wahrscheinlich.

Österreich sowie die anderen EFTA-Staaten haben bei der Gemeinschaft sowie bei Portugal und Spanien jetzt schon ihrer Erwartung Ausdruck gegeben, daß ein Beitritt dieser Staaten für österreichische Exporte nach Portugal und Spanien keine Schlechterstellung im Verhältnis zu Exporten aus den EG zur Folge haben darf (s. auch Ausführungen im Abschnitt D III 6).

Dem Gemischten Ausschuß lagen Beschwerden Österreichs über die Einführung sogenannter spezialisierter Zollämter durch Italien bei Importen von Textilien und Stahlprodukten vor, da infolge der eingeschränkten Möglichkeit der Verzollung solcher Produkte der freie Warenverkehr aufgrund des Freihandelsabkommens mit den EG eine empfindliche Einschränkung erfährt. Österreich hält sein Verlangen nach Änderung der gegenständlichen italienischen Importpraxis bei Stahl und Textilien nach Intervention bei der EG-Kommission sowie in Rom unverändert aufrecht.

Der Gemischte Ausschuß befaßte sich weiters mit bestimmten technischen Vorschriften und Normen in den EG, die Anlaß zu Handelsschwernissen bei Importen aus Österreich und anderen EFTA-Staaten ergeben könnten.

Die Schwierigkeiten und Unsicherheiten für österreichische Exporte liegen darin, daß die EG in Durchführung des GATT-Übereinkommens über technische Handelshemmnisse die einschlägigen gemeinschaftlichen Vorschriften und Normen entsprechend ändern bzw. neu beschließen sowie z.T. aus aktuellen handelspolitischen Überlegungen über einschränkende Sondervorschriften für bestimmte Drittlandsimporte beraten, und die EFTA-Staaten, wenngleich sie mit den EG in einem präferenzierten Verhältnis stehen, auf diese Arbeiten bisher keinen Einfluß nehmen können.

Seitens der Kommission scheint diesbezüglich eine gewisse Bereitschaft zu informellen Gesprächen mit den EFTA-Staaten zu bestehen.

- 5 -

Nach Konsultationen mit den EG hat Österreich die Anti-Dumpingmaßnahmen für Baustahlgitter mit Ursprung in Italien fortgeführt.

Österreich brachte im Gemischten Ausschuss Bedenken vor, daß einzelne EG-Staaten für den Import von Textilien und Bekleidung aus Drittstaaten als handelserschwerende Maßnahme eine Herkunftsbezeichnung vorschreiben.

Die EG gaben erneut ihrer Besorgnis Ausdruck, daß die Anwendung des österreichischen Lebensmittelgesetzes dem Export bestimmter Lebensmittel aus EG-Staaten nach Österreich Beschränkungen auferlegt, die ihrer Auffassung nach im gesundheitlichen Schutzinteresse nicht begründet sind.

Die österreichische Seite erklärte sich bereit, Fälle auftretender Schwierigkeiten anhand konkreter Informationen zu prüfen und diese notwendigenfalls mit Sachverständigen der EG zu besprechen.

Die Vertreter Österreichs und der Gemeinschaft befaßten sich schließlich in grundlegender Weise mit Fragen der künftigen Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG bzw. der Kommission. Die Vertreter der Kommission schlugen insbesondere vor, die Sitzungen des Gemischten Ausschusses zu reduzieren und an deren Stelle informelle Besprechungen mit der Kommission über bestimmte aktuelle Themen abzuhalten.

Die österreichischen Vertreter erklärten die grundsätzliche Bereitschaft zu informellen Gesprächen mit der EG-Kommission auf hoher Beamtenebene sowie allenfalls auf Ministerebene in jenen Bereichen und Fragen, in denen auf einer der beiden Seiten Interesse besteht. Im Hinblick auf die Bedeutung der Arbeiten des Gemischten Ausschusses, in dem auch die Delegationen der EG-Mitgliedstaaten vertreten sind, werde jedoch eine Einschränkung der Tagungen dieses Ausschusses nicht für zweckmäßig gehalten.

2) Zusatzprotokoll zum Freihandelsabkommen aufgrund des Beitritts Griechenlands zur Gemeinschaft

Nach langwierigen Verhandlungen mit den EG hat Österreich am 28. November die Zusatzprotokolle zum Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS unterzeichnet und vor Ende 1980 ratifiziert. Mit der Einbeziehung Griechenlands in das europäische Freihandelssystem wird ein von Österreich seit den frühen 70-er Jahren angestrebtes Ziel verwirklicht, nämlich die Beseitigung der seit dem Inkrafttreten des Assoziationsabkommens zwischen der EWG und Griechenland aus dem Jahre 1961 ständig zunehmenden Diskriminierung der österreichischen Exporte auf dem griechischen Markt.

Der Eintritt Griechenlands in das europäische Freihandelssystem, welches ab 1. Jänner 1981 17 Staaten umfaßt, wird von Österreich im Sinne der Erweiterung der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration begrüßt.

Mit dem Zusatzprotokoll zum Abkommen Österreich-EWG gewährt Griechenland Österreich ab 1. Jänner 1981 für etwa 2/3 der österreichischen industriell-gewerblichen Exporte Freiheit von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung. Für etwa 1/3 dieser Exporte werden die bestehenden griechischen Einfuhrzölle während einer Übergangszeit von fünf Jahren im gleichen Rhythmus wie gegenüber der alten "Neunergemeinschaft" - allerdings von höheren Basiszöllen ausgehend - abgebaut. Am 1. Jänner 1986 wird schließlich der volle Abbau der Zölle und Abgaben gleicher Wirkung und damit die diesbezügliche Gleichstellung Österreichs mit den EG-Mitgliedstaaten verwirklicht sein.

Österreich gewährt seinerseits Griechenland für industriell-gewerbliche Waren, die unter die Freihandelsabkommen fallen, ab 1. Jänner 1981 Zollfreiheit bzw. gleiche Zollbehandlung wie der früheren "Neunergemeinschaft".

Auf dem EGKS-Sektor, der vom Assoziationsabkommen Griechenland mit der Gemeinschaft nicht erfaßt war, bauen Österreich und Griechenland die Zölle gegenseitig in der selben Weise wie die Gemeinschaft und Griechenland untereinander ab.

3) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungsregelung

Der Zollausschuß aufgrund des Freihandelsabkommens hielt seine Frühjahrstagung im Mai 1980 in Wien ab und empfahl dem Gemischten Ausschuß u.a. die Annahme von zwei Beschlüssen. Diese Beschlüsse wurden durch den Gemischten Ausschuß bei seiner Tagung im Juni 1980 in Brüssel gefaßt und beinhalten drei Änderungen der Listen A und B des Protokolls Nr.3 des FHA, die eine Verbesserung der Ursprungsregelung für einzelne Waren bewirken. Eine dieser Änderungen kam auf österreichischen Antrag zustande und erleichtert österreichische Exporte von Phantasieschmuck.

Den Auswirkungen des griechischen EG-Beitritts auf die Ursprungsregeln des Freihandelsabkommens wurde nach langen Verhandlungen durch einen weiteren Beschluß des Gemischten Ausschusses im November 1980 Rechnung getragen.

Die Arbeiten an der Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln wurden fortgeführt. In diesem Zusammenhang betonte Österreich - wie auch die anderen EFTA-Länder - gegenüber den EG bei jeder sich bietenden Gelegenheit das dringende Interesse an einer baldigen Erledigung seiner Vorschläge.

4) Sensible Produkte

Wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren erhöhte die Gemeinschaft auch 1980 sämtliche Richtplafonds betreffend Papier und Papierprodukte um 5 %. Weiters haben die EG gemäß dem Vorschlag der EG-Kommission auch für 1981 eine Erhöhung aller Richtplafonds um 5 % vorgenommen.

Gemäß dieser Haltung der EG hat auch Österreich seinerseits die Richtplafonds bei Papier und Papierprodukten für 1980 und 1981 im Ausmaß von 5 % aufgestockt.

Da die EG infolge des Überschreitens ihres Richtplafonds für bestimmte Druck- und Schreibpapiere aus Österreich wieder den höheren Drittlandszoll einführten, sah sich auch Österreich veranlaßt, den Drittlandszoll bei Einfuhren von Handpappe aus der Gemeinschaft wieder einzuführen. Die ursprünglichen Forderungen der Berufsverbände der Papierindustrien in den EG-Mitgliedstaaten gingen über die vorerwähnte Maßnahme weit hinaus.

Nach Konsultationen mit einer österreichischen Delegation im Oktober 1980 hat Großbritannien bei seinen Zollfreikontingenten für 1981 für die österreichischen Exporte besonders wichtiger gestrichener Druck- und Schreibpapiere und zugeschnittener Papiere Erhöhungen vorgenommen. Diese beträgt im Gesamtdurchschnitt 1,24 % der britischen Zollfreikontingente.

II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS

1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - allgemein

Der Gemischte Ausschuss des Abkommens Österreich-EGKS trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Nach der grundsätzlichen Feststellung des im großen und ganzen guten Funktionierens des Abkommens befaßte er sich vor allem mit der Situation auf dem Stahlmarkt, die sich im Berichtsjahr wieder verschlechtert hat, sowie mit den Auswirkungen der von der Gemeinschaft Ende 1977 eingeführten und weiterhin in Kraft stehenden Maßnahmen zur Krisenbekämpfung auf den Austausch von Stahlerzeugnissen zwischen den Freihandelspartnern.

Die im Wege des Briefwechsels Österreich-EGKS vom 15. März 1978 getroffenen Vereinbarungen über die Preisdisziplin bei den gegenseitigen Exporten wurden mit einigen Ergänzungen bis Ende 1980 verlängert. Die Verhandlungen zu einer weiteren Verlängerung des Briefwechsels für 1981 konnten bis zur Jahreswende 1980/81 noch nicht abgeschlossen werden.

Sowohl bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß als auch bei den Verhandlungen über die Verlängerung des vorerwähnten Briefwechsels hat Österreich einige im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement der Gemeinschaft stehende Probleme zur Sprache gebracht. Insbesondere wurde das österreichische Verlangen nach besserer Einhaltung der Preisdisziplin durch EG-Unternehmen bei deren Lieferungen erneuert.

Weiters wurden nachdrückliche Vorstellungen gegen die von Italien im November 1980 vorgenommene Reduzierung der für die Abfertigung von Stahlimporten ermächtigten Zollämter erhoben und die Zurücknahme dieser nicht vertragskonformen Maßnahme verlangt. Seitens der Gemeinschaft wurde die Schwere des Problems anerkannt und eine eingehende Prüfung zugesagt (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 1).

2) Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte

Die Bundeskommission für Eisen und Stahl hat ihre durch das EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz sowie durch die Verordnung des Handelsministers über unzulässige Praktiken im Verkehr mit Eisen- und Stahlerzeugnissen festgelegte Tätigkeit fortgesetzt. Es bestand weiterhin kein Anlaß, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die vorerwähnten Rechtsvorschriften einzuleiten.

III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)

Der Transportausschuß Österreich/EGKS hielt im November seine ordentliche Jahressitzung ab, die auch diesmal gemeinsam mit dem Transportausschuß Schweiz/EGKS stattfand und in der die sich aus der Anwendung des Abkommens ergebenden Probleme geprüft wurden.

Insbesondere wurde festgestellt, daß der Verkehr mit Montangütern zwischen Italien und den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft nach der Rekordleistung des Jahres 1978 (mehr als 14 Mio t) auch im Jahre 1979 mit einem Aufkommen von 13,6 mio t ein hohes Niveau erreichte. Diese Entwicklung ist auf die im Jahre 1979 günstigere wirtschaftliche Lage der Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft zurückzuführen.

Die Eisenbahntransporte von Montangütern erfuhren mit 8,3 Mio t gegenüber 1978 einen leichten Rückgang, konnten jedoch ihren Anteil am rückläufigen Gesamtverkehr etwas ausbauen.

Die Straßentransporte stiegen hingegen mit 2,12 Mio t weiter kräftig an (gegenüber 1978 + 21 %).

Ausschlaggebend für diese unterschiedliche Entwicklung waren insbesondere im Verkehr von Italien nach Norden die zahlreichen nicht auf Bahnversand eingerichteten italienischen Eisen- und Stahlunternehmen, deren Lieferungen an viele gleichfalls bahnan-schlußlose Baustellen gehen.

Der Transportausschuß befaßte sich weiters mit den bereits getroffenen und mit neuen möglichen Maßnahmen zur Behebung der Schwierigkeiten im Eisenbahngüterverkehr mit Italien sowie mit dem Entwurf für das infolge des Beitrittes Griechenlands notwendige "Zweite Ergänzungsprotokoll" zum Abkommen vom 26. Juli 1957.

IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Griechenland/Türkei

Das Abkommen mit der Gemeinschaft über das gemeinschaftliche Versandverfahren hat sich weiterhin bewährt.

Die Hauptarbeit des Gemischten Ausschusses und der von ihm eingesetzten Arbeitsgruppe bestand in der Ausarbeitung und Verabschiedung von zwei Beschlüssen des Gemischten Ausschusses im Zusammenhang mit dem Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft: Ein Beschluß stellt den griechischen Wortlaut den anderssprachigen Versionen des Versandabkommens gleich, während der andere das Zusatzprotokoll "Griechenland" mit den erforderlichen Übergangsbestimmungen enthält. Ein dritter Beschluß des Gemischten Ausschusses enthält Änderungen des Versandabkommens zur Ermöglichung der Versendung von Großcontainern im vereinfachten gemeinschaftlichen Versandverfahren.

Weiters wurden Verhandlungen über den griechischen Wortlaut des dreiseitigen Abkommens zwischen Österreich, der Gemeinschaft und der Schweiz zur Ausdehnung des Anwendungsbereiches des Versandabkommens geführt.

In vorbereitenden Gesprächen wurde die Einbindung Jugoslawiens in das gemeinschaftliche Versandverfahren erörtert.

Die Anwendung des Transitabkommens Griechenland/Türkei hat auch im Berichtsjahr zu keinen Schwierigkeiten geführt. Die Anpassung dieses Abkommens an die durch den Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft gegebene neue Lage war Gegenstand der Empfehlung Nr.1/80 des auch für dieses Abkommen zuständigen Gemischten Ausschusses aufgrund des Versandabkommens.

V Europäisches Patentübereinkommen

Auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz der Republik Österreich wird das Österreichische Patentamt bis zum Jahre 1992 Recherchen zu europäischen Patentanmeldungen durchführen. Im Jahre 1980 wurden 1516 derartige Recherchen ausgeführt, was eine beträchtliche Intensivierung dieser Arbeiten darstellt (Zahl der 1979 übertragenen Recherchen: 510). Für das Jahr 1981 werden dem Österreichischen Patentamt 1900 europäische Patentanmeldungen zur Recherche übertragen werden.

C Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Über Einladung der schwedischen Regierung fand im Juni 1980 aus Anlaß des 20-jährigen Bestehens der EFTA eine Jubiläumstagung in Saltsjöbaden statt, die sich in folgende drei Teile gliederte:

- 1) EFTA/FINEFTA-Ministerratstagung
- 2) Gemeinsame Tagung der EFTA-Minister mit Vertretern des Beratenden Komitees und des Parlamentarierkomitees der EFTA
- 3) Jubiläumssitzung

Hauptthema aller Veranstaltungen war neben einer Würdigung der Bedeutung der EFTA für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Europas die Frage der künftigen Aufgabenstellung der EFTA und hier insbesondere die Intensivierung der Beziehungen der EFTA-Staaten mit den EG.

Die zweite Tagung des EFTA/FINEFTA-Ministerrates fand im November statt, ihre Beratungen betrafen die internationale Wirtschaftssituation und deren Auswirkungen auf den größeren europäischen Freihandelsraum.

Am 1. Mai ist das multilaterale Übereinkommen zwischen den EFTA-Ländern und Spanien sowie das Agrarabkommen Österreich-Spanien in Kraft getreten. Der im Übereinkommen vorgesehene Gemischte Ausschuss hat 1980 insgesamt drei Tagungen abgehalten: Wichtigstes Ergebnis waren die Beschlußfassungen über die vorzeitige Inkraftsetzung der im Übereinkommen vorgesehenen Zollsenkungen zum 1. Juli 1980.

Im Mittelpunkt der letzten Tagung im Dezember standen Fragen der Durchführung des Übereinkommens.

In der Tagung des Gemischten Ausschusses EFTA-Jugoslawien im September wurden allgemeine Wirtschaftsfragen, Fragen des

Fremdenverkehrs, der industriellen Zusammenarbeit und des Verkehrs behandelt und zwei Expertengruppen eingesetzt. Eine Gruppe von Rechtssachverständigen wurde beauftragt, Modellverträge für eine industrielle Zusammenarbeit auszuarbeiten, eine andere Gruppe, bestehend aus Handelsexperten, soll den Handel zwischen den EFTA-Ländern und Jugoslawien untersuchen, um Mittel und Wege zur weiteren Ausdehnung in einer weitergehenden Handelszusammenarbeit zu finden.

Die Schwerpunkte von insgesamt vier Tagungen des EFTA-Handelskomitees waren folgende Themenkreise:

- Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse EFTA-intern sowie zwischen den EFTA-Ländern und den EG
- Überprüfung der Preisausgleichsmaßnahmen gemäß Artikel 21 des EFTA-Übereinkommens (landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte)
- Prüfung der Auswirkungen der neuen GATT-Übereinkommen aufgrund der Tokiorunde auf das EFTA-Übereinkommen
- Untersuchung der in den EFTA-Ländern bestehenden staatlichen Beihilfen gemäß einem Mandat des Ministerrates.

Unter österreichischem Vorsitz hielt das Wirtschaftskomitee zwei Tagungen ab. Das Komitee prüfte hierbei die Wirtschaftslage und die -aussichten sowohl im großen internationalen Rahmen als auch in den EFTA-Ländern, und hier insbesondere Österreich, die Schweiz, Island und Schweden.

Das Parlamentarierkomitee der EFTA hielt im April eine Tagung in Lissabon ab, bei der insbesondere die wirtschaftliche Situation Portugals und die wirtschaftliche Hilfe der EFTA-Länder an Portugal erörtert wurden.

Im Hinblick auf die erforderliche Identität der Ursprungsregeln im europäischen Integrationsraum faßte der EFTA-Rat drei Beschlüsse zur Änderung der Ursprungsregeln der Konvention (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 3).

Der Gemischte Ausschuß aufgrund des Abkommens der EFTA-Länder mit Spanien faßte ebenfalls einen Beschluß zur Anpassung der Ursprungsregeln.

Das Beratende Komitee, dem Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite angehören, hielt im Februar und im September Tagungen ab. Neben einem Gedankenaustausch über die Auswirkungen der Entwicklung der Weltwirtschaft auf die EFTA-Länder wurde die Möglichkeit einer Stärkung der Stellung dieses Komitees im Rahmen der EFTA erörtert.

D Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration

I Der Warenverkehr

1. Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile) ¹⁾

Österreich hat in den EG in den Jahren 1975 bis 1978 Marktanteile gewonnen. Besonders hoch waren die Marktanteilsgewinne in den Jahren 1977 und 1978. Aufgrund des Freihandelsabkommens mit den EG waren während der Phase des allgemeinen Zollabbaues (Oktober 1972 bis Juli 1977) ²⁾ solche Marktanteilsgewinne in den sechs Ländern der ursprünglichen Gemeinschaft (EG 72) ³⁾ sowie in Irland auch zu erwarten, da die österreichischen Exporteure im Stande gewesen sind, ihre Produkte im Ausmaß der Zollsenkungen billiger anzubieten und dadurch ihre Wettbewerbsposition verbessert war. Auch nach Beendigung des Zollabbaues können positive Integrations-effekte anfallen, die z.B. aus einer verzögerten Wahrnehmung der Exportchancen resultieren.

Die in den Mitgliedsländern des EFTA-Übereinkommens bestehende Vorzugsstellung Österreichs ging aufgrund der Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den EG bzw. des Beitritts Großbritanniens und Dänemarks zu den EG seit 1973 schrittweise verloren, was Marktanteilsverluste erwarten ließ. Diese Situation gilt im Bezug auf alle Mitgliedsländer der ursprünglichen Europäischen Freihandelszone (EFTA 72), d.h. sowohl gegenüber den gegenwärtigen EFTA-Mitgliedstaaten (EFTA 73) als auch gegenüber Großbritannien und Dänemark .

1) Als Marktanteil wird der Anteil der Importe aus Österreich an den Gesamtimporten der betreffenden Länder bzw. Ländergruppen verstanden.

2) Die Auswirkungen des verzögerten Zollabbaues bei Papier und anderen sensiblen Produkten bleiben bei dieser globalen Darstellung unberücksichtigt.

3) Die erweiterte Gemeinschaft wird EG 73 bezeichnet.

Die Entwicklung der österreichischen Marktanteile in den westeuropäischen Ländern ist in den Tabellen 8 und 9 dieses Berichtes dargelegt. Diese Tabellen enthalten die endgültigen Ergebnisse des Jahres 1979 sowie die vorläufigen Werte des Jahres 1980.

In den Jahren 1979 und 1980 mußte Österreich in den EG Marktanteilsverluste in Kauf nehmen (EG 72 $-0,8\%$ bzw. $-1,7\%$ EG 73 $-1,8\%$ bzw. $-3,4\%$) Diese Verluste sind allerdings größtenteils der Erdölverteuerung zuzuschreiben: Lieferländer von Erdöl gewinnen Marktanteile zu Lasten anderer Länder. Eine Kalkulation der österreichischen Marktanteile am Intra-OECD-Import (bei dieser Berechnung wird der Erdölpreiseffekt weitgehend ausgeschaltet) zeigt, daß Österreich seine Marktanteile in den EG in etwa halten konnte 4).

Eine länderweise Betrachtung zeigt, daß 1979 und 1980 Österreich Marktanteile am Gesamtimport nur in Italien gewinnen konnte; höhere Marktanteilsverluste fielen in den Niederlanden, Frankreich sowie in den früheren EFTA-Staaten Großbritannien und Dänemark an; die Marktanteilsverluste in der Bundesrepublik Deutschland hielten sich in Grenzen.

In den EFTA-Staaten gingen sowohl 1979 als auch 1980 Marktanteile verloren. Österreich hat in beiden Jahren in Ländern dieser Region (ausgenommen Norwegen 1980) Positionsverluste in Kauf nehmen müssen, die vor allem in Schweden hoch gewesen sind.

4) EG 72: 1979 $+0,77\%$, 1980 (neun Monate) $+1,88\%$; EG 73: 1979 $-0,95\%$. 1980 $+0,34\%$.

Österreich hat im Rahmen der EFTA mit Spanien ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, dessen erste Zollsenkungsstufe am 1. Juli 1980 stattfand. Durch dieses Abkommen wird die Wettbewerbsstellung Österreichs auf dem spanischen Markt verbessert, was Marktanteilsgewinne erwarten läßt. Mit kurzfristigen Auswirkungen darf freilich nicht gerechnet werden. Im Jahre 1980 hat Österreich, ebenso wie 1978 und 1979, Marktanteile in Spanien verloren.

Griechenland ist seit Jahresbeginn 1981 Mitglied der Gemeinschaft geworden und hat für einen Teil seiner Einfuhren aus Österreich die Importzölle zu Jahresbeginn 1981 aufgehoben; für die restlichen Waren des industriell-gewerblichen Sektors ist eine fünfjährige Übergansperiode vorgesehen. Dadurch wird die österreichische Wettbewerbsposition verbessert und könnte zu Marktanteilsgewinnen führen (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 2 und D III 5).

2. Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Import (Importquoten)

Die Wirtschaftsintegration hat eine Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung zur Folge. Als Ergänzung der auf den vorangehenden Seiten dargestellten Entwicklung des Marktanteiles der Exporte scheint es sinnvoll, auch die Auswirkungen der Integration auf die Einfuhren zu analysieren. Dafür sind insbesondere die Importquoten geeignet. Darunter werden die Importe in Prozent des nominellen Brutto-Inlandsproduktes Österreichs verstanden.

Die Entwicklung der österreichischen Importquote bis 1979 wurde im Integrationsbericht 1979 analysiert. Die Tabelle 10 des vorliegenden Berichtes enthält Angaben über die Entwicklung der Importquoten bis 1980. Die Importquote der Gesamteinfuhren stieg von 29,5 % 1979 auf 31,7 % 1980⁵⁾. Ein Teil dieser Zunahme ist auf die Verteuerung von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas zurückzuführen; diese Produkte werden hauptsächlich aus den OPEC-Ländern und den Oststaaten eingeführt. Die Quote der Importe aus den EG nahm ebenfalls im Jahre 1979 und 1980 zu, insbesondere auch jene aus der Bundesrepublik. Die Importquote der EFTA, welche seit Anfang der siebziger Jahre rückläufig gewesen ist, hat sich im Berichtsjahr stabilisiert.

3. Entwicklung des Inlandsmarktanteiles der österreichischen Industriegüterproduktion

Der Inlandsmarktanteil⁶⁾ der österreichischen Industrie ist 1979 deutlich gefallen, im Jahr 1980 war der Rückgang etwa im bisherigen Durchschnitt.

Der Rückgang im Jahr 1979 in diesem Ausmaß (-1,6 Prozentpunkte auf 52,6 %) war dadurch bedingt, daß die zahlungsbilanzpolitischen Maßnahmen im vorangehenden Jahr zwar eine kurzfristige, aber keine nachhaltige Reduktion der heimischen Nachfrage erbrachten.

5) Die Einfuhren des Jahres 1979 entsprachen 29,5 %, jene des Jahres 1980 31,7 % aller in Österreich produzierten bzw. erbrachten Güter und Leistungen (Brutto-Inlandsprodukt) zu laufenden Preisen.

6) Der ggstdl. Darstellung liegen die österr. Gesamtimporte von Industriewaren im Verhältnis zur österr. Industrie-Güterproduktion zugrunde. Eine darüber hinausgehende Aufgliederung nach den Importen aus dem europäischen Freihandelsraum ist aufgrund des verfügbaren Zahlenmaterials nicht möglich.

1980 fiel der Anteil der heimischen Produzenten von 52,6% auf 51,8%. 1970 war der Anteil noch bei 61% gelegen. Der Rückgang beträgt somit in diesem Jahrzehnt 0,8 % per annum.

Der Rückgang des Inlandsmarktanteiles im Jahr 1980 setzt sich aus einem Marktwachstum von 15,7% und einem Importwachstum von 17,4% zusammen. Die Exporte stiegen um 9,2%. Die relativ kräftigsten Importsteigerungen gab es in der Erdölindustrie (+54%) und in der Magnesitindustrie (+39,5%). Allerdings sind auch in allen Sparten der technischen Verarbeitungsgüter (Ausnahme Fahrzeugindustrie) die Importe rascher als die Exporte gestiegen.

4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderweise
Darstellung

Allgemeine Bemerkungen:

Zur Ergänzung der in der folgenden länderweisen Darstellung enthaltenen Ausführungen wird im Statistischen Anhang eine Reihe von Tabellen betreffend die Entwicklung des Warenverkehrs Österreichs mit den anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes angeschlossen. 7)

7) Den Aussagen über die Entwicklung des Handels bei konkreten Produktgruppen (in der länderweisen Darstellung) liegen die Werte von Jänner bis incl. September, in einzelnen Fällen auch einiger weiterer Monate, zugrunde. Im Statistischen Anhang sind jedoch die schon vorliegenden Gesamtjahresziffern 1980 berücksichtigt.

Bundesrepublik Deutschland:

Die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland, unserem größten Handelspartner, stiegen im Berichtszeitraum um 13 %, die Zunahme der österreichischen Exporte betrug 12 %. Angesichts des großen Importüberhangs hat sich das österreichische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik neuerlich erhöht und die Austauschrelation 8) verschlechtert.

Ausfuhrseitig sind gestiegen vor allem die Exporte von Fahrzeugen, Kunststoffen sowie Eisenwaren und Werkzeugen. Zurückgegangen sind die Ausfuhren bei Eisenhalbzeug, Stab- und Formeisen sowie Eisenblechen. Nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten weisen chemische Vorerzeugnisse, Stickstoff und Düngemittel sowie Gewebe aller Art auf.

Die Warengruppen Elektroerzeugnisse sowie Maschinen und Fördermittel standen mit fast 22 % am Gesamtexport nach der Bundesrepublik Deutschland wieder an vorderster Stelle. Fahrzeuge aller Art rangierten mit einem Gesamtexportanteil von 6,5 % an dritter Stelle.

Bei den deutschen Lieferungen nach Österreich weisen, wie bereits 1979, Kraftstoffe, Erdgas und Schmieröle die höchste Zuwachsrate auf. Überdurchschnittlich gestiegen sind auch die deutschen Ausfuhren bei Stab- und Formeisen sowie Eisenblechen, bei Erzeugnissen aus unedlen Metallen und bei Eisenwaren einschließlich Werkzeugen sowie Fahrzeugen aller Art. Zu den wichtigsten deutschen Exportprodukten nach Österreich zählen nach wie vor Maschinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art, Elektroerzeugnisse sowie Eisenwaren einschließlich Werkzeuge.

8) Deckungsverhältnis der Importe durch Exporte

Italien:

Sowohl bei den österreichischen Importen (+ 14 %) als auch bei den Exporten (+23 %) waren Zuwachsraten zu verzeichnen. Das österreichische Handelsbilanzdefizit im Warenverkehr mit Italien, unserem zweitgrößten Handelspartner, hat sich etwas verringert und die Austauschrelation verbessert.

Steigerungen bei den österreichischen Exporten konnten bei Holz, bearbeiteten Waren, Maschinen und Verkehrsmitteln, sonstigen Fertigwaren, aber auch im Bereich Ernährung erzielt werden.

Bei den Importen aus Italien war eine überdurchschnittliche Zunahme bei chemischen Erzeugnissen, Zuwächse, wenn auch in geringerem Ausmaß, bei Maschinen und Verkehrsmitteln, Brennstoffen und Energie sowie sonstigen Fertigwaren festzustellen.

Frankreich:

Sowohl die Importe (+13 %) aus Frankreich als auch die Exporte (+18 %) nahmen zu. Insgesamt gesehen sind zwar die österreichischen Lieferungen nach Frankreich weniger angestiegen als die französischen Importe im allgemeinen, die sich in erster Linie aufgrund der Erdölverteuerung erhöht haben. In Wirklichkeit hat Österreich in Frankreich immer mehr aufgeholt und gleichzeitig ist es gelungen, das nach Frankreich exportierte Warensortiment breiter zu gestalten.

Ein Anstieg der österreichischen Lieferungen konnte bei einigen Positionen des Nahrungs- und Genußmittelsektors, bei chemischen und textilen Produkten, bei Eisen und Stahl, Werkzeugen sowie Fahrzeugen erreicht werden.

Auf der Importseite fällt die überdurchschnittliche Steigerung bei pharmazeutischen Erzeugnissen auf. Weitere Steigerungen sind bei fotografischen Erzeugnissen, am Textil- und Bekleidungssektor, bei Werkzeugen sowie Schienen und Schienenfahrzeugen zu verzeichnen.

Belgien - Luxemburg:

Die österreichischen Einfuhren stiegen um 5 %, die Ausfuhren um 9 %.

Bei der Ausfuhr waren bei fast allen Warengruppen - zum Teil kräftige - Steigerungen zu registrieren, insbesondere bei chemischen Erzeugnissen sowie Maschinen und Verkehrsmitteln, Rückgänge hingegen bei Spinnstoffen, Textilien und Reifen. Bei den Importen fällt vor allem der Rückgang der Fahrzeuglieferungen auf, während etwa bei Nachrichtengeräten, Eisen und Stahl, Nichteisenmetallen und anderen Metallwaren sowie am Chemiesektor kräftige Zuwachsraten zu verbuchen waren.

Niederlande:

Sowohl bei den Importen aus den Niederlanden als auch bei den Exporten war eine Steigerung um 7 % festzustellen.

Während hinsichtlich der wichtigsten Warengruppen im Export, bei Maschinen und Verkehrsmitteln, eine gewisse Stagnation festzustellen war und die Ausfuhr von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Textilien und Möbeln rückläufig war, konnte bei sonstigen Fertigwaren ein überdurchschnittlicher Anstieg verzeichnet werden, u.a. bei fotografischen Apparaten, Putzmitteln, Futtermitteln, Kautschukwaren, Meß- und Prüfgeräten und Holzwaren.

Auf der Einfuhrseite ist vor allem ein substantielles Ansteigen bei Brennstoffen, aber auch Rohstoffen, chemischen Erzeugnissen, bearbeiteten Waren sowie Maschinen und Verkehrsmitteln zu verzeichnen.

Großbritannien:

Während die Importe aus Großbritannien um 11 % zunahmen, verringerten sich die österreichischen Exporte um 10 %. Dadurch hat sich das bisherige österreichische Aktivum in ein Passivum verwandelt.

Überdurchschnittliche Steigerungen der Exporte könnten am Sektor Ernährung, bei Metallbearbeitungsmaschinen sowie anderen Maschinen erzielt werden, während im gesamten Bereich "bearbeitete Waren" Rückgänge hingenommen werden mußten. Am stärksten betroffen sind dabei Textilien, Holzwaren und Metallwaren, sowie im Bereich Maschinen und Verkehrsmittel die Position Nachrichten-geräte.

Bei den Einfuhren sind Kautschukwaren überdurchschnittlich angestiegen, erwähnenswert sind auch die Zuwächse bei Büro- und EDV-Maschinen sowie elektrische Maschinen. Zurückgegangen sind hingegen neuerlich die Importe britischer Kraftfahrzeuge.

Dänemark:

Während die Einfuhren aus Dänemark um 12 % anstiegen, gingen die Exporte um 12 % zurück. Das österreichische Handelsaktivum hat sich dadurch wesentlich verringert.

Eine Steigerung der Exporte gelang nur am Sektor chemische Erzeugnisse, während vor allem bei Textilien, Maschinen, Eisen und Stahl, Mopeds und Schuhen bedeutende Rückgänge hingenommen werden mußten.

Irland:

Die österreichischen Einfuhren stiegen um 32 %, die Ausfuhren gingen um 3 % zurück.

Ausfahrseitig ergaben sich Rückgänge bei Papier und Pappe, Textilien, Eisen und Stahl sowie Arbeitsmaschinen, Steigerungen hingegen bei Spinnstoffen, Waren aus mineralischen Stoffen, Metallwaren, Kautschukwaren und Bekleidung.

Auf der Importseite bezogen sich die Steigerungen vor allem auf Kautschukwaren, aber auch auf Maschinen und sonstige Fertigwaren.

Schweiz:

Die österreichischen Einfuhren stiegen um 9 %, die Ausfuhren um 12 %. Die Schweiz ist damit weiterhin der drittgrößte Handelspartner Österreichs nach der Bundesrepublik Deutschland und Italien.

Nach einem langjährigen Defizit des gegenseitigen Warenverkehrs zu Lasten Österreichs wurde 1979 und nun 1980 ein Exportüberschuß zu Gunsten Österreichs erzielt.

Die Tendenz eines rückläufigen österreichischen Marktanteils in der Schweiz konnte jedoch nicht zum Stillstand gebracht werden, was zum großen Teil auf die Marktanteilsgewinne der Energielieferländer zurückzuführen sein dürfte.

Die größten Exportsteigerungen erzielte Österreich bei Papier, Holz und Holzwaren, mineralischen Stoffen, Autoreifen und Nahrungsmitteln.

Bei den Importen waren Steigerungen insbesondere bei optischen Geräten, Schmuckwaren, mineralischen Stoffen, Textilien, Papier und Schuhen zu verzeichnen.

Schweden:

Die österreichischen Einfuhren erhöhten sich um 10 %, die Ausfuhren nur um 6 %.

Die Einfuhren stiegen überdurchschnittlich bei chemischen Erzeugnissen und bestimmten Maschinen. Die Ausfuhren erhöhten sich insbesondere bei chemischen Erzeugnissen und bestimmten Maschinen, aber auch bei Bekleidung und Schuhen.

Norwegen:

Die Importe aus Norwegen stiegen um 5 %, die Exporte könnten um 12 % gesteigert werden.

Die Ausfuhren erhöhten sich insbesondere bei Eisen und Stahl, Maschinen und Bekleidung, ein leichter Rückgang war bei Textilien zu verzeichnen,

Die Einfuhren erhöhten sich bei Fischen und waren bei Ferrolegerungen rückläufig. Die bedeutendste Warengruppe sind Nichteisenmetalle.

Island:

Die Importe erhöhten sich um 20 %, die Exporte um 46 %, wobei allerdings das sehr geringe Ausmaß des Handelsvolumens zu berücksichtigen ist.

Gut haben sich die österreichischen Exporte von Bekleidung, Schuhen und Maschinen entwickelt. Auf der Importseite gingen die Bezüge von Futtermitteln stark zurück, während sie bei Kieselgur und Bekleidung merklich anstiegen.

Finnland:

Die österreichischen Importe stiegen um 17 %, die Exporte um 20 %.

Die Exporte erhöhten sich vor allem auf den Sektoren Rohstoffe, Maschinen und sonstige Fertigwaren (Schuhe), die Importe bei einigen chemischen Erzeugnissen, aber auch bei Eisen und Stahl, bestimmten Maschinen und Bekleidung.

Portugal:

Die österreichischen Einfuhren stiegen um 35 %, die Ausfuhren nur um 17 %.

Überdurchschnittlich erhöhten sich die österreichischen Lieferungen von Spinnstoffen, textiler Meterware und Bekleidung, Steigerungen gab es aber auch bei Kunststoffen, Aluminium, Edelstahl

sowie Maschinen und Verkehrsmitteln. Die Importe stiegen vor allem am Bekleidungssektor, bei Papierhalbzeug, Waren aus mineralischen Stoffen und bestimmten Maschinen.

-.--.-.-.-

Von den nachstehend behandelten Staaten gehört Griechenland seit dem 1. Jänner 1981 den EG an. Zwischen Spanien und den EFTA-Staaten besteht seit 1. Mai 1980 ein multilaterales Freihandelsübereinkommen sowie zwischen Österreich und Spanien ein bilaterales agrarisches Abkommen.

Griechenland:

Die österreichischen Importe aus Griechenland stiegen um 15 %, die Exporte gingen um 8 % zurück.

Der Rückgang der österreichischen Lieferungen ist vor allem am Nahrungsmittelsektor, bei Papier, Holz und Textilien sowie bei Fahrzeugbestandteilen festzustellen, ein Anstieg bei Pharmazeutika und Maschinen.

Griechenland konnte seine Lieferungen vor allem bei Textilien und Bekleidung, aber auch mineralischen Rohstoffen steigern. Die wichtigste Hauptgruppe bilden nach wie vor Obst und Gemüse, die fast 50 % der österreichischen Importe aus dieser Relation ausmachen.

Spanien:

Die Einfuhren aus Spanien stiegen um 9 %, die Ausfuhren hingegen um 17 %, womit der Aufschwung des Handels, der 1979 eingesetzt hatte, anhielt.

Überdurchschnittlich entwickelten sich die österreichischen Ausfuhren bei Maschinen und Verkehrsmitteln, bearbeiteten Waren und Rohstoffen, ungünstig hingegen die Agrarausfuhren.

Die Einfuhren stiegen vor allem in den Bereichen Ernährung (Gemüse und Früchte), chemischen Erzeugnissen und Rohstoffe, sie stagnierten bei bearbeiteten Waren, Maschinen und Verkehrsmitteln und gingen bei Lederwaren und Bekleidung zum Teil stark zurück.

II Die Industrie

Allgemeine Bemerkungen:

Auch bei den meisten sensiblen Produkten (künstlichen Spinnfasern, Ferrolegierungen, bestimmten Stählen, einigen NE-Metallen und Hartmetallen) wurde mit 1. Jänner 1980 die Zollfreiheit zwischen Österreich und den EG erreicht. Restzölle verbleiben **noch** bei Papier und Papierprodukten.

In den letzten Jahren haben daher die unmittelbaren Auswirkungen von Integrationsmaßnahmen auf die österreichische Industrie abgenommen. An die Stelle von Wirkungen der Integration - soweit diese nicht als dynamische Effekte nachwirken - sind im zunehmenden Maße konjunkturelle Einflüsse getreten.

Die in dem nachstehenden Abschnitt dargelegten Branchenbeobachtungen reflektieren sohin in erster Linie Konjunkturschwankungen und Verschiebungen in der Nachfrage.

(Die statistischen Angaben und Vergleiche in dem nachstehenden Abschnitt beziehen sich in der Regel auf die ersten drei Quartale 1980 bzw. auf die entsprechende Periode des Vorjahres.)

Branchenspezifische Darstellung

1) Grundindustrie

Eisen und Stahl

Die krisenhaften Erscheinungen auf dem Weltstahlmarkt haben sich auf die österreichische Eisen- und Stahlindustrie nachteilig ausgewirkt. Sowohl die Produktions- als auch die

Außenhandelsdaten zeigen wesentlich ungünstigere Werte als im Vorjahr. Die österreichischen Werke erzeugten um 4,3 % weniger Roheisen, um 4,6 % weniger Rohstahl und um 2,4 % weniger Walzware als im Vergleichszeitraum 1979.

Die Gesamtimporte an Kommerzwalzware stiegen mengenmäßig um 33,3 %, der Anteil der Einfuhren aus den EG noch etwas stärker. Die Kommerzwalzwarenexporte sind demgegenüber: um 5,7 % gefallen, der EG-Anteil hat sich hierbei gegenüber den Vorjahren weiter vermindert.

Mengenmäßig haben sich die Edlestahlimporte um 32,2 % erhöht, was zum Teil auf den am 1. Jänner 1980 erfolgten letzten Schritt des Zollabbaues zurückzuführen sein dürfte. Die Edlestahlexporte sind um 14,3 % gesunken.

Nichteisen-Metalle

Importe und Exporte blieben mengen- und präsmäßig im normalen Rahmen. Die nach dem 1. Halbjahr exportseitig einsetzenden konjunkturbedingten leichten Abschwächungstendenzen setzten sich fort. Bestimmende Wirkungen aus der Integration waren im Jahre 1980 nicht festzustellen.

Gießerei

Der Importdruck aus den EG-Ländern hielt an. Durch Lieferungen von Kraftfahrzeugteilen an die Autoindustrie in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich konnten freie Kapazitäten genutzt werden. Für diese Industrie konnten auch neue Lieferverträge abgeschlossen werden.

Steine, Keramik, Glas

Als Folge steigender Kosten für Energie und Vormaterial hielt die ungünstige Ertragssituation in der Baustoffindustrie an. Sehr gut ausgelastet war die Feuerfestindustrie.

Die Schleifmittelindustrie verzeichnete gute Entwicklungen von Produktion und Absatz. Der überwiegende Teil der Produkte wird in nahezu alle Länder der Welt exportiert. Für Porzellangeschirr, Sanitärporzellan und Elektrokeramik sind erhöhte Ausfuhren festzustellen. Dies hat zu verbesserten Produktionsziffern in einigen Bereichen der feinkeramischen Industrie geführt. Nach Inkrafttreten des Abkommens mit Spanien konnte die Ausfuhr von Porzellanisolatoren nach diesem Land wieder aufgenommen werden.

Die Glasindustrie konnte einen Produktionszuwachs verzeichnen. Eher schwache Tendenz zeigte der Produktionszweig Einscheibensicherheitsglas; alle anderen Sparten konnten eine Umsatzausweitung verzeichnen, die in Einzelbereichen bis zu 20 % beträgt.

Bauwirtschaft

Wie im Vorjahr war das Baunebengewerbe aufgrund der Nachfrage nach Umbauten, Installations- und Wärmeisolierungsarbeiten besser ausgelastet als das Bauhauptgewerbe und die Bauindustrie.

Die Kapazitätsauslastung und Arbeitsmarktlage in der Bauwirtschaft war regional wiederum unterschiedlich, wobei allgemein eine Verringerung der Beschäftigung festzustellen war.

Holzverarbeitung

Der Absatz entsprach bei unterschiedlicher Lage der einzelnen Sparten etwa dem des Vorjahres. Es war wieder ein leicht fallender Beschäftigtenstand zu verzeichnen sowie ein Rückgang des Auftragsstandes.

Die Möbelindustrie konnte ihre Produktionsziffern etwa halten, jedoch hat sich ihre Ertragslage weiter verschlechtert. Eine ähnliche Situation war ertragsmäßig in der Skiindustrie festzustellen. Hier konnten die Kapazitäten nicht mehr voll genutzt werden.

Als Folge zusätzlicher Ausfuhren wies die Spanplattenindustrie weiterhin steigende Produktionsziffern auf. Allerdings war auch hier ein Auftragsrückgang zu verzeichnen.

2) Weiterverarbeitungsindustrie

Maschinen

Bei den Einfuhren war eine Steigerung des EG-Anteiles bei etwa gleichbleibendem EFTA-Anteil zu verzeichnen. Auf der Ausfuhrseite ergab sich ein ähnliches Bild. Die weiterhin dominierende Ausfuhr in die Staaten der EG nahm stärker zu als die Ausfuhr in die EFTA-Staaten.

Fahrzeuge

Die Produktion erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 20,9 %. Bei einer geringfügigen Steigerung der Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland ist der Anteil der EG-Einfuhren an der Gesamteinfuhr von 84 % auf 82,8 %

gesunken. Der Export in die Gemeinschaft ist von 47,1 % auf 52,5 % des Gesamtexportes gestiegen. Das Außenhandelsdefizit für diesen Sektor hat sich von 12,9 Mrd. S auf 15,0 Mrd. S erhöht.

Durch die fortgesetzten Bemühungen Österreichs konnten die Zulieferungen der heimischen Industrie an ausländische Kraftfahrzeughersteller - insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland - von 3,6 Mrd.S auf über 4 Mrd.S gesteigert werden.

Eisen- und Metallwaren

Die Einfuhren stiegen um 18,3 % und erreichten 15,7 Mrd. S. Die Anteile der Wirtschaftsräume haben sich nur geringfügig verändert. Die Ausfuhr ist um 17,1 % auf 13,5 Mrd. S gestiegen. Von diesen Exporten gingen 52,1 % in den EG-Raum, hievon allein 31,7 % in die Bundesrepublik Deutschland.

Elektrowaren

Die Produktion stieg gegenüber dem Vorjahr um 9,3 %. Bei einem andauernden Zuwachs des Anteiles der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Anteil der Einfuhren aus dem EG-Raum an den Gesamteinfuhren weiter geringfügig vermindert. Auch die Einfuhren aus der EFTA sind weiter gesunken. Die Ausfuhren gingen verstärkt in die EG, vor allem in die Bundesrepublik Deutschland. Der Anteil der EFTA hat sich stabilisiert.

- 33 -

Chemie

Die Einfuhr chemischer Erzeugnisse aus dem EG-Raum ging gegenüber dem Vorjahr gemessen an der Gesamteinfuhr von 77,3 % auf 76,9 % geringfügig zurück. Auf Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland entfielen wie im Vorjahr 51,4 %. In der Ausfuhr fiel der EG-Anteil von 48,2 % auf 46,7 %, wogegen die Lieferungen in die EFTA-Staaten mit 9,4 % gleichblieben.

3) Konsumgüterindustrie

Nahrungs- und Genußmittel

Das ungünstige Verhältnis im Außenhandel blieb bestehen. Das System der EG-Erstattungen in der Ausfuhr hat auch im Berichtsjahr den Unternehmen aus den EG auf dem österreichischen Markt günstige Wettbewerbsbedingungen gesichert. Der Währungsausgleich führte im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zu einer zusätzlichen Verschärfung der Wettbewerbssituation.

Textilien

Die Konjunktur hat sich hier ab dem 3. Quartal abgeflacht. Besonders betroffen waren Cordsamte und Bettwäsche.

Der Außenhandel war durch ein anhaltendes Ungleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhren gekennzeichnet, das sich im Berichtsjahr noch verstärkt hat. Zwar konnten die Ausfuhren weiterhin gesteigert werden, die Einfuhren, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Großbritannien, sind jedoch stärker gestiegen.

Bekleidung

Auch das Jahr 1980 war durch eine befriedigende Entwicklung gekennzeichnet. Im Verhältnis zum EG-Raum haben sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren zugenommen. Die Einfuhrzunahme kam besonders Italien und der Bundesrepublik Deutschland zugute.

Leder

Der im September 1979 bei Rohhäuten eingetretene Preisverfall hielt auch im Jahre 1980 an. Als Folge des Überangebotes an Rohhäuten bestanden europaweit keine Versorgungsschwierigkeiten für die Lederindustrie.

Auf dem Schuhsektor hat sich der Einfuhrdruck, vorwiegend aus Italien, weiter verstärkt. Es ist indessen gelungen, die Ausfuhr weiter zu erhöhen, sodaß derzeit 70 % der Erzeugung ausgeführt werden, davon mehr als die Hälfte in den EG-Raum.

Papier

Im 3. Quartal 1980 hat die weltweite Verschlechterung der Konjunktur auf Österreich übergreifen. Sie wurde durch Überkapazitäten verstärkt. Hierbei war der Sektor der graphischen Papiere stärker betroffen als der Bereich der Verpackungspapiere.

Diese Situation hat dazu geführt, daß von Österreich und den EG für je einen Richtplafond die höheren Drittlandszölle wieder eingeführt wurden.

III Die Landwirtschaft

1. Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie österreichische Schritte gegenüber der Gemeinschaft

Die Exporte agrarischer Produkte betragen im Jahre 1980 9,9 Mrd. S oder 4,4% der Gesamtexporte Österreichs, hievon wurden in die EG agrarische Produkte im Wert von 5,2 Mrd. S ausgeführt, das sind 52,1 % der gesamten Agrarexporte Österreichs. Die Importe agrarischer Produkte beliefen sich in Berichtszeitraum auf 22,8 Mrd. S, d.s. 7,2% der gesamten Importe Österreichs. Davon wurden aus den EG Agrarwaren im Wert von 10,5 Mrd. S oder 46,1% der Gesamtagrarimporte bezogen. Die agrarischen Ausfuhren in die Gemeinschaft stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 354 Mio. S (+7,4%), die Importe um 932 Mio. S (+9,7%).

Die Gesamteinfuhr von Agrarprodukten, die in Österreich nicht erzeugt werden, belief sich im Berichtsjahr auf 9.135 Mio. S.

Im Hinblick auf die bedeutsame Stellung der Gemeinschaft im agrarischen Außenhandel Österreichs waren die Bestrebungen der österreichischen Handelspolitik darauf gerichtet, die traditionellen Handelsbeziehungen mit den EG auf dem Agrarsektor zu erhalten und möglichst weiter zu entwickeln. Dementsprechend ist die Bundesregierung unverändert bemüht, durch ständige Kontakte mit den EG Erleichterungen für besonders wichtige österreichische Ausfuhrprodukte zu erreichen. Diese Anliegen wurden systematisch sowohl im Gemischten Ausschuß aufgrund des Freihandelsabkommens als auch in Verhandlungen und Aussprachen mit der EG-Kommission und den Mitgliedstaaten auf Beamten- und Ministerebene behandelt.

Schwerpunkte der Bemühungen Österreichs bildeten die Sicherung der Absatzmöglichkeiten von Rindern und Rindfleisch, Schafen, Molkereierzeugnissen und Wein. Österreich war weiters bestrebt, für Verluste auf dem griechischen Markt infolge des Beitritts dieses Landes zu den EG von der Gemeinschaft Kompensationen zu erhalten. Im Zuge dieser Bemühungen wurde ein umfassender Dialog über die anstehenden Probleme am Agrarsektor zwischen Österreich und der Gemeinschaft im Herbst 1980 aufgenommen.

2. Rinder und Rindfleisch

Zuchtrinder

Die Bestimmung in der gemeinschaftlichen Richtlinie über Zuchtrinder, die vorsah, daß die Mitgliedstaaten bis zum 1. Jänner 1979 Durchführungsbestimmungen für Zuchtrinder aus Drittländern eine doppelte Herdbucheintragung zu erlassen haben, wurde aufgrund auch österreichischer Interventionen vorläufig suspendiert. Darüberhinaus sind die zuständigen österreichischen Stellen bemüht, den Wegfall des Erfordernisses der doppelten Herdbucheintragung für aus Österreich in die Gemeinschaft exportierte Zuchtrinder zu erreichen, was jedoch auch eine entsprechende Adaptierung der einschlägigen österreichischen Vorschriften und die Anerkennung der Gleichwertigkeit der österreichischen Regelung durch die Gemeinschaft voraussetzt.

Die Bedeutung dieser Frage für Österreich wird gegenüber der Gemeinschaft bei allen sich bietenden Gelegenheiten unterstrichen. Auch im Berichtszeitraum haben Expertengespräche mit dem Ziel einer Harmonisierung der Tierzuchtbestimmungen in Österreich und in den EG stattgefunden.

Nutzrinder

Bei Nutzrindern wurden die Bemühungen fortgesetzt, bei den zuständigen EG-Stellen eine bessere Ausnützung des Kontingentes und der Verbesserung der Exportpreise durchzusetzen. Mit den zuständigen deutschen und italienischen Stellen fanden Gespräche statt, die eine Verbesserung der Durchführung der Nutzrinderlieferungen in diese beiden Länder zum Gegenstand hatten.

Schlachtrinder und Rindfleisch

Der abschöpfungsbegünstigte Export von österreichischen Schlachtrindern und Rindfleisch ist durch das System des besonderen Einfuhrpreises gesichert, aufgrund dessen die Abschöpfung gegenüber Österreich nur etwa 1/10 jener Abschöpfung beträgt, die die EWG bei der Einfuhr aus anderen Drittstaaten einheben.

Gegenwärtig werden weiters die handelspolitischen und technischen Möglichkeiten geprüft, österreichisches Frischfleisch bzw. Schlachtrinder im Kompensationswege gegen die Abnahme von Verarbeitungsfleisch aus den EG-Interventionslagern liefern zu können.

3. Milcherzeugnisse

Hier bestehen die größten Probleme in den beiderseitigen Handelsbeziehungen. Die österreichischen Exporte von Käse in die Gemeinschaft sind auf Erzeugnisse beschränkt, bei denen Sonderregelungen mit den EG bestehen. Es ist jedoch eine fortschreitende Entwertung dieser Konzessionen festzustellen, was dazu geführt hat, daß sich das Verhältnis

von österreichischem Export zum Import ständig verschlechtert (1972: 5,2:1, 1980: 2,6:1).

Die Gründe für die Entwertung der Konzession für Emmentaler und Bergkäse, die im Jahre 1968 mit der Gemeinschaft im Rahmen des GATT vereinbart wurde und die Einhaltung von Mindestpreisen durch Österreich sowie die Einhebung eines festen Zollsatzes anstelle der vollen Drittlandsabschöpfung durch die Gemeinschaft vorsieht, liegen teils im System, teils in externen Faktoren. Dazu zählen der Umrechnungsfaktor, das Auseinanderklaffen zwischen dem theoretischen Milchrichtpreis und dem in der Praxis maßgebenden Werkmilchpreis sowie die Herstellung und tiefpreisige Vermarktung von Emmentalerkäse in Form von Blockkäse in der Gemeinschaft. Österreich hat im Berichtszeitraum Gespräche mit der Gemeinschaft geführt, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Ähnliche Probleme bestehen auch bezüglich der Konzession für Tilsiter und Butterkäse.

Im Berichtszeitraum konnten die Verhandlungen mit den EG über eine Änderung des mit ihnen 1977 geschlossenen Abkommens über die Erhaltung von Preisen und die Regelung der Einfuhr von Käse materiell abgeschlossen werden. Ziel dieser Verhandlungen war eine Anpassung der Mindestpreise an die durch dreimalige Anhebung der Erzeugermilchpreise in Österreich seit 1977 geänderten Preisverhältnisse. Gleichzeitig wurde auch Einigung über eine Koeffizientenregelung erzielt, wonach bei künftigen Milchpreisänderungen unter Berücksichtigung des technologischen Milcheinsatzes die Mindestpreise für Käse automatisch angepaßt werden. Die Verhandlungen über diese Problematik haben sich als sehr langwierig erwiesen und eine Lösung war erst nach Interventionen auf höchster politischer Ebene erreichbar. Das Genehmigungsverfahren zum formellen Abschluß dieser Ver-

handlungen wurde im Jahre 1980 von den EG-Instanzen noch nicht abgeschlossen.

Da auch mit der Schweiz eine ähnliche Regelung zur Einhaltung von Mindestpreisen bei der Einfuhr von Käse nach Österreich besteht, werden auch mit diesem Land entsprechende Verhandlungen zur Anpassung der Mindestpreise geführt.

Anlässlich der Gespräche auf hoher Beamtenebene über den gesamten Komplex der agrarischen Beziehungen Österreichs zur Gemeinschaft konnte eine Zusage der EG-Kommission erreicht werden, den Komplex des gegenseitigen Warenaustauschs bei Käse grundsätzlich zu überprüfen.

4. Wein

Österreich hat mit der Gemeinschaft langwierige Verhandlungen über ein Abkommen betreffend die Kontrolle und den gegenseitigen Schutz von Qualitätswein sowie bestimmten mit einer geographischen Angabe bezeichneten Weinen abgeschlossen. Durch dieses Abkommen soll verhindert werden, daß Angaben des Ursprungslandes im Gebiet des jeweiligen Vertragspartners für Weine benützt werden, die nicht aus dem Ursprungsland stammen. Damit sollen in Zukunft auch Mißbräuche beim zwischenstaatlichen Handel mit Wein leichter abgestellt werden können.

Gleichzeitig mit diesem Abkommen ist Einvernehmen über einen Briefwechsel betreffend die Zulassung von Qualitätsweinen mit Ursprung in Österreich, der mit einer geographischen Angabe bezeichnet ist und dessen Alkoholgehalt ohne jede Anreicherung 15 Vol.% überschreitet, zum unmittelbaren menschlichen Verbrauch in der Gemeinschaft erzielt worden. Damit wäre die rechtliche Absicherung der Lieferung österreichischer Qualitätsweine mit einem Gesamtalkoholgehalt von mehr als 15 Vol.% in die Gemeinschaft, welche nach der EWG-Weinmarktordnung an sich untersagt sind, gegeben.

Österreich würde als Gegenleistung hierfür über den im Agrarbriefwechsel vom 21. Juli 1972 der Gemeinschaft vorbehaltenen Teil des Globalimportkontingents für Wein hinaus ein zusätzliches Kontingent für den jährlichen Import von 10.000 hl Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete aus den EG gewähren.

Beide Abkommen wurden bisher lediglich paraphiert; die Unterzeichnung zögert sich wegen eines von deutscher Seite hergestellten Junktims mit dem Abschluß der Verhandlungen über ein deutsch-österreichisches Herkunftsschutzabkommen hinaus. Durch dieses Junktim wird die Beschlußfassung in den Gemeinschaftsgremien verhindert.

5. Beitritt Griechenlands zu den EG

Für die österreichische Landwirtschaft wirkt sich der Beitritt Griechenlands zu den EG voraussichtlich nicht vorteilhaft aus, da Österreich in den letzten Jahren landwirtschaftliche Produkte im Wert ca. 100 Mill. S jährlich nach Griechenland exportierte und von dort Agrarwaren im Wert von ca. 350 Mill. S bezog. Durch die Übernahme der EWG-Marktordnungen durch Griechenland droht der Verlust dieses Absatzmarktes für österreichische Milchprodukte- und Rindfleischlieferungen in Höhe von jährlich etwa 70 Mill. S. Die Gemeinschaft sah sich trotz intensivem Bemühen Österreichs bei den Verhandlungen über die Zusatzprotokolle zum Freihandelsabkommen Österreich-EWG und Österreich-EGKS bisher nicht in der Lage, einer Kompensation dieser zu erwartenden Verluste durch eine Aufstockung des Nutzzrinderkontingents um 7000 Stück zuzustimmen.

(s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 2)

6. Beitritt Portugals und Spaniens zu den EG

Nach österreichischer Auffassung sollten Verhandlungen mit der Gemeinschaft über eine Anpassung des Freihandelsabkommens Österreichs mit den EG auch bestimmte wichtige agrarische Exportprodukte Österreichs betreffen. Solche Verhandlungen sind jedoch derzeit noch nicht aktuell, da agrarische Fragen zwischen einerseits Portugal und Spanien und andererseits den EG nach vorliegenden Informationen erst in einer späteren Phase der Beitrittsverhandlungen behandelt werden sollen. (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 1).

7. Veterinärrechtliche Fragen

Im Juli 1980 haben Tierärzte der Gemeinschaft österreichische Schlachthöfe, Zerlegungsbetriebe und Kühlhäuser auf die Möglichkeit hin geprüft, daß diese von den EG als Exportbetriebe anerkannt werden. Von derzeit etwa 40 zum Export von Frischfleisch in einzelne EG-Mitgliedstaaten nach ihren nationalen Bestimmungen bisher genehmigten österreichischen Unternehmen sollen nach vorliegenden Informationen nur einige Betriebe sofort bzw. nach Vornahme entsprechender Adaptationen zum Export zugelassen werden.

Die zuständigen österreichischen Stellen sind bemüht, die Zulassung zum Export von Frischfleisch in die Gemeinschaft für eine möglichst große Anzahl von Betrieben sicherzustellen. Mit der Gemeinschaft finden diesbezüglich intensive Kontakte auf diplomatischer und auf Expertenebene statt.

Österreich hat gegenüber der Gemeinschaft die Erklärung abgegeben, daß es, ausgenommen Nordtirol, frei von Rinder-

pest, exotischer Maul- und Klauenseuche, afrikanischer Schweinepest und ansteckender Schweinelähmung ist. Die EG-Kommission hat sich daraufhin bereit erklärt, Importe von österreichischen Rindern, Schweinen, Schafen etc. aufgrund eines Tiergesundheitszeugnisses zu gestatten. Diese Vorgangsweise ist als erster Schritt in Richtung einer allfälligen weitergehenden Regelung zwischen der Gemeinschaft und Österreich anzusehen.

8. Schafe

In der 1980 beschlossenen EWG-Marktordnung für Schaf- und Ziegenfleisch ist vorgesehen, daß beim Import von Lebeltieren der bisherige Zoll von 15 % durch eine variable Abschöpfung ersetzt wird, die sich jedoch auf den österreichischen Schafexport prohibitiv auswirken würde. Österreich hat darum mit der Gemeinschaft Verhandlungen über ein Abkommen geführt, dessen Gegenstand eine Reduktion und Fixierung der Abschöpfung auf 10 % gegen eine Beschränkung der österreichischen Lieferungen auf ca. 15.000 Stück pro Jahr sein soll. Für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten eines solchen Abkommens wurde erreicht, daß die Gemeinschaft ein ausreichendes Kontingent für österreichische Lieferungen zum begünstigten Abschöpfungssatz schon vorher bereitstellt.

Österreich liefert derzeit jährlich ca. 14.000 Schafe in die Gemeinschaft, hauptsächlich nach Italien.

9. Birnendicksaft

Die österreichischen Bemühungen um Erleichterungen beim Zoll von 42 % für die Lieferung von österreichischem Mostbirnenkonzentrat in die EG, an dessen Bezug Großbritannien interessiert ist, wurden fortgesetzt. Einige EG-Mitgliedstaaten nehmen hiezu eine ablehnende Haltung ein.

IV. Andere Bereiche

1. Arbeitsmarktpolitik

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate während 1980 betrug 1,9 % und ist somit gegenüber 1979 um 0,1 % gesunken, was im Vergleich mit anderen Industriestaaten als günstig bezeichnet werden kann. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt vorgemerkten Arbeitslosen betrug 53.161 und liegt somit um 3.558 unter der Zahl des vorangehenden Jahres. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten liegt mit 2.788.737 um 15.018 über dem Jahresdurchschnitt 1979.

Die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer betrug 174.712 und ist daher um 4.120 angestiegen. Die Zahl der offenen Stellen betrug im Jahresdurchschnitt 36.470 und lag damit um 5.110 über der Zahl des vorangehenden Jahres.

An finanziellen Mitteln wurden für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz rund 829 Mio S. aufgewendet.

Nach dem Schwerpunktprogramm 1980 wurden die der Arbeitsmarktverwaltung zur Verfügung stehenden Instrumente bevorzugt für die Lösung der Beschäftigungsprobleme von

- Angehörigen jüngerer Jahrgänge mit oder ohne Berufsausbildung,
- Behinderten,
- Frauen und
- älteren Arbeitnehmern

eingesetzt.

Das Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen wurde weiter durchgeführt, aufgrund der demographischen Entwicklung, die einen rückläufigen Lehrlingsstand aufweist, allerdings in wesentlich geringerem Umfang.

Im Jahresdurchschnitt standen 540 Arbeitskräfte in Kurzarbeit.

Durch den zielgerechten Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ist es somit im Berichtsjahr auf dem Arbeits-

markt zu keinerlei Schwierigkeiten, sondern vielmehr zu einem Ansteigen der Zahl der unselbständig Beschäftigten und zu einem Absinken der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen gekommen.

2. Raumordnungsfragen

Die Wirtschaftsentwicklungsprogramme in Regionen mit strukturell bedingten Wirtschaftsproblemen wurden fortgesetzt. Aufgrund der Krisenerscheinungen auf den internationalen Eisen- und Stahlmärkten mußte einigen besonders betroffenen Regionen (Neunkirchen - Wr. Neustadt und Obersteiermark) wirksame Hilfestellung gewährt werden. Es wurden Regionalkonzepte erarbeitet, Mittel nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz reserviert und jeweils eine gemeinsame Sonderförderungsaktion des Bundes und des betroffenen Bundeslandes zur Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze eingerichtet, um die internationalen Krisenerscheinungen durch gezielte Investitionsförderungen abzufangen.

Die "Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten" ist im Berichtsjahr verstärkt eingesetzt worden, um in jenen peripheren Regionen Österreichs, für die infolge des fehlenden Interesses an Betriebsansiedlungen und der geringen Eignung für den Massentourismus Impulse für eine die lokalen Ressourcen nützende Entwicklung zu setzen waren. Diese Förderungsaktion stellt den Versuch dar, eine den regionalen Verhältnissen angepaßten Wirtschaftsstruktur zu schaffen bzw. zu stärken, um Abwanderungstendenzen einzuschränken und die Außenabhängigkeit dieser Gebiete zu senken. Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) stehen die Arbeiten zum ersten österreichischen Raumordnungskonzept vor dem Abschluß.

Die Österreich-Deutsche Raumordnungskommission hat die Bestandsaufnahme im oberösterreichisch-bayrischen Grenzraum abgeschlossen. Die Vorarbeiten für eine Bestandsaufnahme für den gesamten österreichisch-deutschen Grenzraum, für Empfehlungen zum technischen Umweltschutz sowie zur grenzüberschreitenden Abstimmung der kommunalen Bauleitplanung im Grenzraum wurden zwischenzeitig in Angriff genommen.

E Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten

I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, den Gemeinschaften selbst und europäischen Drittstaaten auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Forschung trat 1980 in die Phase einer teilweisen Neuausrichtung. Nachdem 1978 die Verfahren für die Zusammenarbeit im COST-Rahmen festgelegt worden waren, konnte 1980 Einvernehmen über das Modell einer Absichtserklärung, das als Grundlage für alle künftigen Absichtserklärungen der an der Zusammenarbeit interessierten Staaten dienen soll, erzielt werden. Darüberhinaus wurde die Erstellung eines Modelltextes auch für sogenannte Konzertierungsabkommen der Gemeinschaft mit europäischen Drittstaaten in Angriff genommen.

Der für die Koordinierung der COST-Aktivitäten zuständige Ausschuss Hoher Beamter befaßte sich 1980 weiters mit der Neuausrichtung der Forschungstätigkeit selbst, wobei von den beteiligten Staaten eine Reihe neuer Aktionen vorgeschlagen wurde.

Eine Tagung des Ausschusses Hoher Beamter im Berichtsjahr fand im September 1980 in Wien statt.

Im Rahmen der Aktion "Behandlung und Verwendung von Klärschlamm" veranstaltete die EG-Kommission gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Oktober in Wien das 2. Europäische Symposium, an dem rund 150 Wissenschaftler die Ergebnisse ihrer einschlägigen Forschungsarbeiten behandelten.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über eine konzertierte Aktion auf dem Gebiet des physikalisch-chemischen Verhaltens atmosphärischer Schadstoffe (Aktion COST 61a bis) im Juni in Brüssel beteiligt sich Österreich an einem weiteren Vorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Am Verkehrssektor beteiligt sich Österreich an der Aktion "Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen".

Österreich arbeitet weiters an der Aktion betreffend "Werkstoffe für Gasturbinen" mit, die wegen ihrer guten Ergebnisse bereits zum zweiten Mal um weitere drei Jahre verlängert wurde.

Auch die Aktion "Werkstoffe für supraleitende Maschinen" wurde um weitere drei Jahre verlängert.

Österreich unterstützt die Vorbereitungsarbeiten für das neue Projekt "Hochtemperaturwerkstoffe für konventionelle Energieerzeugungs- und Energieumwandlungssysteme".

Schließlich wurden die Vorbereitungen zur Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung betreffend die Durchführung einer europäischen Forschungsaktion über den Einfluß der Atmosphäre auf die Wellenausbreitung auf Satellit-Erde-Funkstrecken bei Frequenzen über 10 GHz (COST-Aktion 205) eingeleitet.

II Verkehrspolitik

Innkreis-Pyhrn-Autobahn (IKPA)

Der von Österreich 1977 gestellte Antrag an die EG auf Mitfinanzierung der IKPA war zuletzt im April 1980 Gegenstand von exploratorischen Gesprächen zwischen Österreich und der EG-Kommission, im Zuge derer neuerlich die österreichischen Finanzierungsvorstellungen eingehend dargelegt wurden.

In seiner Sitzung im Juni 1980 beauftragte der EG-Verkehrsministerrat den Ausschuß der Ständigen Vertreter mit einer detaillierten Prüfung des österr. Anliegens. Es wurde

beschlossen, daß die EG-Kommission Verhandlungsdirektiven ausarbeiten und diese dem EG-Rat zur Erteilung eines Verhandlungsmandates vorlegen solle.

Österreich erwartet sich, daß dieses Mandat eine entsprechende Berücksichtigung seiner Finanzierungsvorstellungen beinhalten wird.

Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen

Bei den Verhandlungen über die weitere Liberalisierung der Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen konnte über die im Jahre 1979 noch offen gebliebenen Fragen Einvernehmen erzielt und ein diesbezügliches Abkommen im April 1980 paraphiert werden.

III Wirtschafts- und Währungsfragen, informelle Kontaktgespräche Österreich-EG

Das währungspolitische Verhältnis Österreichs zur Gemeinschaft war primär durch die Entwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS), das im März 1979 in Kraft getreten war, gekennzeichnet. Eine Analyse des Funktionierens des EWS während seiner ersten 18 Monate ergab, daß das System bei der Herstellung einer stabileren europäischen Währungszone relativ erfolgreich war. Dieser Erfolg ist allerdings nicht nur dem Einsatz der Mechanismen des EWS, sondern auch dem Zusammentreffen günstiger Faktoren zu verdanken. So zeigte sich, daß die einzelnen Währungen in dieser Periode meist nur unter geringem Druck standen und ihre Wechselkurse zueinander geringer schwankten als in den Vorjahren.

Zwei Neufestsetzungen der Leitkurse, die im Jahre 1979 stattfanden, konnten im gegenseitigen Einvernehmen und ohne vorherige übermäßige Spekulationswellen vorgenommen werden.

Angesichts der engen ökonomischen Verbindung Österreichs zur Gemeinschaft ist sein Verhältnis zum Europäischen Währungssystem von Bedeutung. Österreich hat von Anfang an die Bemühungen zur Schaffung des EWS als einen wichtigen Schritt zu stabileren wirtschaftlichen Bedingungen in Europa begrüßt und sich auch bereit erklärt, eine entsprechende Rolle in diesem Zusammenhang zu übernehmen. Es stellt sich allerdings heraus, daß derzeit eine Form der Assoziierung, wie sie in der Entschlie-
Bung des Europäischen Rates über die Errichtung des EWS vorge-
sehen ist, nicht in ausreichendem Maße den österreichischen
Wünschen entspricht.

Da die Preisstabilität weiterhin zu den wirtschaftspolitischen Prioritäten in Österreich zählt, wird an der sogenannten Hartwährungspolitik festgehalten. Darunter ist die mittelfristige Stabilisierung des effektiven (d.h. nach den Außenhandelsströmen gewichteten), realen (d.h. um die Inflationsdifferenz zu den wichtigsten Außenhandelspartnern bereinigten) Wechselkurses des Schillings zu verstehen. Durch diese Wechselkurspolitik sollen die Inflationserwartungen gedämpft, der Inflationimport gebremst und eine stabilitätsorientierte Einkommenspolitik außenwirtschaftlich abgesichert werden. Daraus ergibt sich als eines der Hauptkriterien der österreichischen Hartwährungspolitik eine verhältnismäßig enge Anlehnung an die Kursentwicklung der D-Mark, die wiederum die Verhältnisse innerhalb des Europäischen Währungssystems nachhaltig beeinflusst.

Der Schilling hielt sich daher seit dem Inkrafttreten des EWS, nimmt man einen fiktiven Leitkurs zur D-Mark an, die meiste Zeit innerhalb einer Bandbreite von 2,25 %. Ausgenommen waren einige kurze Zeitspannen, beispielsweise zu Ende September 1980, als der Schilling das Band nach oben verließ. Die im Statistischen Anhang (Tabellen 15 und 16) angeschlossenen Grafiken zeigen das freiwillige Naheverhältnis des österreichischen Schillings zu der Entwicklung der EWS-Währungen, indem die Veränderungen gegenüber einer einheitlichen Drittwährung, nämlich dem US-Dollar, dargestellt werden.

Ursprünglich hatten die EG vorgesehen, das Europäische Währungssystem am 13. März 1981 in seine Endphase überzuleiten. Dieser Zeitplan konnte aber nicht eingehalten werden. Vor dem Übergang in die sogenannte institutionelle Phase müssen insbesondere noch die Fragen einer schrittweisen Ausweitung des Verwendungsbereichs der ECU sowie die Rolle des künftigen Europäischen Währungsfonds geklärt werden (s. auch Ausführungen im Abschnitt F).

Im Berichtsjahr fanden Gespräche zwischen Experten der EG-Kommission und Österreichs betreffend Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungsfragen in Wien statt. Hierbei wurden die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten und die Wirtschaftspolitiken (einschließlich der Haushaltspolitik), die monetäre Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Währungssystems und die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten erörtert.

Im Oktober 1980 fand schließlich in Wien eine Sitzung der ad-hoc-Arbeitsgruppe des Gemischten Ausschusses des Freihandelsabkommens betreffend das österreichische Handels- und Leistungsbilanzproblem statt, die auf Initiative Österreichs zurückgeht und zum Ziele hat, daß die EG durch entsprechende Maßnahmen bzw. durch Abstandnahme von restriktiven Maßnahmen zur Milderung des außerordentlichen Handels- und Leistungsbilanzdefizits Österreichs beitragen (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 1).

IV Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Die Kontakte wurden auf schriftlichem Wege und durch Expertenbesprechungen fortgesetzt. Die 2. Tagung der Höheren Beamten wurde im Juni in Wien abgehalten; dabei wurden neue umweltrelevante Normen der EG, der Problembereich der Umweltchemikalien und Fragen der Luftverschmutzung (insbesondere Asbest) besprochen.

v Fragen des österreichischen Lebensmittelrechts im Verhältnis
zu den EG

Die Bemühungen um eine Lösung offener Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des Österreichischen Lebensmittelrechts bei Importen aus den EG durch die zuständigen österreichischen Behörden wurden fortgesetzt. Grundsätzlich sind weitere Kontakte mit der Gemeinschaft vorgesehen (s. auch Ausführungen im Abschnitt B I 1).

F Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1980.

Die Europäischen Gemeinschaften (EG) sahen sich 1980 vor interne Belastungen institutioneller, finanzieller und wirtschaftlicher Natur gestellt. Ihre innere Kohärenz und ihre Festigkeit nach außen erwiesen sich aber doch als stark genug, um die Schwierigkeiten zu einem guten Teil zu bewältigen, z.B. der Beitritt Griechenlands, das Inkrafttreten des Lomé II-Abkommens und der Tokio-Runde.

Es blieben aber einige große Probleme offen, wie die künftige Finanzierung der Gemeinschaft und im Zusammenhang damit die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik.

Weitere schwierige Bereiche im vergangenen Jahr waren die Budgetauseinandersetzungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat, das britische Verlangen nach Senkung seines Budgetbeitrags, Boykottmaßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung in Afghanistan und Iran, die Ausdehnung der gemeinsamen Agrarpolitik auf den Schaffleischsektor sowie die Bemühungen um eine gemeinsame Fischereipolitik der EG. In den diesbezüglichen Verhandlungen, die mehrmals an der Basis der Gemeinschaft rüttelten, konnten nur teilweise Regelungen gefunden werden.

Das Problem des britischen Budgetbeitrags konnte durch solidarische Übernahme zusätzlicher finanzieller Belastungen durch die anderen Mitgliedstaaten geregelt werden.

Die Verabschiedung des Budgets 1980 war nur mit großen Schwierigkeiten möglich und hat weiterhin Divergenzen mit einzelnen EG-Staaten zur Folge. Es ist anzunehmen, daß das Europäische Parlament auch künftighin über das Budget und Anfragerecht versuchen wird, die Politik der Gemeinschaft stärker mitzugestalten.

Die Gemeinschaft hat sich jedoch auf internationaler Ebene weiter profiliert. Die schwierige weltpolitische Lage hatte eine stärkere Aktivität in der politischen Zusammenarbeit der Neun zur Folge, die auch ihren Niederschlag in konkreten gemeinschaftlichen oder nationalen Maßnahmen fand.

Die EG erreichten 1980 den aufgrund des Gemeinschaftsrechts gegebenen Finanzierungsplafonds, was zu einem großen Teil auf die steigenden Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik zurückgeht. Aus diesem Grunde stellt sich die Frage der Erhöhung der Eigeneinnahmen in Form insbesondere der Erhöhung des Mehrwertsteueranteils über die derzeit vorgesehenen 1 % hinaus.

Der Beitritt Griechenlands und die weiteren Beitrittsanträge sowie der vermehrte Anspruch einzelner Mitgliedstaaten auf eine bessere Lastenverteilung im Wege insbesondere der Regionalpolitik dürften ebenfalls zu einer Vergrößerung des Finanzierungserfordernisses tendieren.

Die Wirtschaftslage in der Gemeinschaft hat sich im allgemeinen unbefriedigend entwickelt, was in der steigenden Arbeitslosigkeit, der anhaltenden Inflation und den sektoriellen Schwierigkeiten zum Ausdruck kam. Im Stahlbereich mußte die Gemeinschaft die "Krise" ausrufen und Produktionsbeschränkungen verfügen.

Das Europäische Währungssystem (EWS) hat sich bisher bewährt, und hat damit einen wesentlichen Stabilisierungsbeitrag geleistet. Die Einbeziehung Großbritanniens in das System war jedoch nicht möglich.

Die gemeinsame Agrarpolitik leistete mit einer gemäßigten Preisentwicklung und einer Reihe von flankierenden Maßnahmen ebenfalls einen Stabilisierungsbeitrag. Das Überschussproblem konnte aber nicht bewältigt werden. Die Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik bleiben sohin ein Schlüsselproblem der Gemeinschaft.

In der Energie- sowie der Verkehrspolitik sind keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen.

Die Beziehungen zu den EFTA-Staaten waren gekennzeichnet durch ein im allgemeinen gutes Funktionieren der Freihandelsabkommen und den Bemühungen zur Intensivierung der Beziehungen über die bestehenden Abkommen hinaus.

Die EG schlossen ein umfassendes Kooperationsabkommen *sui generis* mit Jugoslawien. Dadurch erfuhr die Europa- bzw. Mittelmeerpolitik der EG eine beachtliche Abrundung.

Im weltwirtschaftlichen Geschehen zeigte sich ein zunehmender Einfluß des Kräftedreiecks EG-USA-Japan. Den Bemühungen dieser drei, die zwischen ihnen bestehenden wirtschaftlichen Spannungen abzubauen, wie sie durch die verschärfte internationale Konkurrenz in einigen Industriebereichen und durch das steigende Handelsbilanzdefizit der EG gegenüber USA und Japan gegeben sind, waren aber bisher nur Teilerfolge beschieden.

Alles in allem hat die Gemeinschaft angesichts der inneren und äußeren Schwierigkeiten genug Festigkeit bewiesen, sodaß von der gegenwärtigen Ausgangsbasis ausgehend eine weiteren Fortentwicklung der EG in den 80er Jahren vorausgesehen werden kann.

Zollunion und Binnenmarkt

Die Gemeinschaft war weiterhin bemüht, den freien Warenverkehr im Inneren zu verbessern. Ihre besondere Aufmerksamkeit galt der Hintanhaltung und Beseitigung der sich in zunehmendem Maße bemerkbar machenden technischen Handelshemmnisse.

Aufgrund der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs sowie budgetärer Überlegungen hat die Kommission für die Bekämpfung der technischen Handelshemmnisse ein neues Konzept

vorgeschlagen. Insbesondere will diese zwecks Erstellung gemeinschaftlicher technischer Vorschriften und Normen die bestehenden internationalen Normenverbände verstärkt heranziehen. Auch ein Informationsverfahren zur besseren und rascheren gegenseitigen Unterrichtung der Mitgliedstaaten hinsichtlich neuer technischer Vorschriften und Normen ist in Diskussion.

Von besonderer Bedeutung sind Beratungen in den EG zur Einführung eines Sonderverfahrens bei der Erteilung von Gemeinschaftsbescheinigungen für bestimmte Waren aus Drittländern wenn der dadurch zu befürchtenden Nachteile für Drittlandprodukte im Verhältnis zu EG-Produkten

Die wirtschaftliche Rezession brachte Wettbewerbsfragen stärker in den Vordergrund, insbesondere weil einzelne Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten gewähren. Die Kommission hat einige Mitgliedstaaten veranlaßt, derartige Maßnahmen zu beseitigen.

Von Interesse ist eine Richtlinie der Kommission über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und öffentlichen Unternehmen. Damit werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, der EG-Kommission Angaben über die Zuweisung öffentlicher Mittel an öffentliche Unternehmen zu liefern.

Außenbeziehungen

Auch in diesem Jahr entwickelte die Gemeinschaft ihre Außenbeziehungen dynamischer und stärker als den inneren Ausbau, der offensichtlich im Verzug ist. Im Vordergrund stand die Erweiterung der Gemeinschaft durch den Beitritt Griechenlands zum 1. Jänner 1981 und die Fortführung der Verhandlungen zum Beitritt Spaniens und Portugals, wodurch ein verstärktes Auftreten der Gemeinschaft im Mittelmeerraum zu erwarten ist.

Eine Neubelebung der Assoziation mit der Türkei ist in die Wege geleitet worden. Mit Jugoslawien wurde ein umfassendes Kooperationsabkommen unter Bedachtnahme auf den Status Jugoslawiens als ein europäisches Mittelmeerland, das auch der Gruppe der "77 Entwicklungsländer" angehört, geschlossen.

Mit Rumänien hat die Gemeinschaft zwei Abkommen über den Handel mit gewerblichen Waren abgeschlossen. Damit hat die Gemeinschaft ihre Beziehungen mit Rumänien über die bestehenden technischen Vereinbarungen mit Bulgarien, der CSSR, Polen und Ungarn hinaus ausgeweitet. In den Verhandlungen der EG mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) über den Abschluß eines Abkommens zwischen den beiden Organisationen konnten keine Fortschritte erzielt werden.

Im Rahmen des Westwirtschaftsgipfels und in bilateralen Verhandlungen zwischen insbesondere den EG, USA und Japan wurde versucht, die bestehenden wirtschaftlichen Spannungen abzubauen und den dadurch ausgelösten protektionistischen Tendenzen, z.B. bei Autos, Textilien und bestimmten technisch hochentwickelten Konsumwaren, zu begegnen.

Mit der ASEAN (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) wurden Kooperationsabkommen unterzeichnet. Ein verstärktes Interesse der EG führte zur Wiederbelebung des euro-arabischen Dialogs.

In Südamerika war die Gemeinschaft durch den Abschluß eines Abkommens über die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit mit Brasilien und durch verbesserte Beziehungen zur Andengruppe (Bolivien, Kolumbien, Ekuador, Peru, Venezuela) aktiv.

Für die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft ist das Inkrafttreten des 2. Abkommens von Lomé von herausragender Bedeutung.

Handelspolitik

Die EG-Kommission hat ein neues System von Überwachungs- und Schutzmaßnahmen zur Anwendung des Artikel 115 EWG-Vertrag eingeführt, mit welchem die Formalitäten im innergemeinschaftlichen Warenverkehr vereinfacht wurden.

Im Berichtszeitraum hat die Zahl der von der Gemeinschaft eingeleiteten Antidumpingverfahren beträchtlich zugenommen. Diese betrafen vorwiegend die Bereiche Chemie, Eisen und Stahl, Maschinenbau, Leder und Häute.

Der EG-Rat hat das für mehrere Jahre geltende Schema der allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft und dessen Anwendung auf bestimmte gewerbliche Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern erlassen. Die Charakteristika dieses neuen Systems sind eine Vereinfachung der Regelung für gewerbliche Waren sowie die Möglichkeit einer Differenzierung unter den Empfängerländern.

Die EWG-internen Beratungen über die Leitlinien für staatlich gestützte Ausfuhrkredite gestalten sich überaus schwierig.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Die gesamtwirtschaftliche Lage der Gemeinschaft war zu Jahresende 1980 nach wie vor unbefriedigend. Dies kommt vor allem in dem verringerten Wirtschaftswachstum von 1,3 % - nach 3,4 % im vorangegangenen Jahr - zum Ausdruck. Der zweite Erdöl-schock und der verlangsamte Welthandel sind die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung, mit der auch eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit und eine verstärkte Inflation einherging.

Die Arbeitslosigkeit überschritt - nach 6 Mio. im vergangenen Jahr - zu Jahresende die 7 Millionenengrenze. Die Arbeitslosenquoten

lagen im Gemeinschaftsdurchschnitt bei 7,2 % gegenüber 5,7 % im vorangegangenen Jahr und variierten zwischen 0,9 % in Luxemburg und 4,3 % in der Bundesrepublik Deutschland einerseits und 10,6 % in Belgien und 10,8 % in Irland andererseits. Die Inflationsrate erreichte im Gemeinschaftsdurchschnitt 13,8 % - gegenüber 8,6 % im Vorjahr - und lag in den Mitgliedstaaten zwischen 5,5 % (Bundesrepublik Deutschland) und 21,2 % (Italien).

Die Handelsbilanz der Gemeinschaft, die 1978 noch aktiv war, war 1979 und 1980 passiv. Gleichzeitig stieg das Leistungsbilanzdefizit weiter an und erreichte 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes (gegenüber 0,5 % im Jahr 1979).

Trotz der mangelnden wirtschaftlichen Konvergenz, insbesondere der großen Unterschiede bei den Inflationsraten und anderen Wirtschaftsindikatoren der Mitgliedstaaten, funktionierte das EWS zufriedenstellend. Seit 1972 hatten die Wechselkurse der teilnehmenden Staaten nicht mehr so geringe Schwankungen aufgewiesen wie 1980. Es mußten keine Leitkursänderungen vorgenommen werden. Der für März 1981 vorgesehene Übergang zur institutionellen Phase des EWS, der den Umbau und die Erweiterung der Mechanismen, insbesondere die Erweiterung der Funktion der ECU, vorsieht, mußte allerdings verschoben werden.

Landwirtschaft

Die gemeinsame Agrarpolitik hatte 1980 besondere Schwierigkeiten zu überwinden. Die Beschlußfassung über die Agrarpreise und die Begleitmaßnahmen war nämlich in engem Zusammenhang mit den Politiken in anderen Bereichen, insbesondere des Budgets, gestellt worden. Sie wurde erst mit einem Globalkompromiß am 30. Mai möglich, in dessen Rahmen die Schafffleischmarktordnung beschlossen, die Frage des britischen Nettobudgetbeitrages geregelt sowie die Budgetauseinandersetzung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat beigelegt werden konnte.

Zentrales Problem der gemeinsamen Agrarpolitik waren nach wie vor die Überschüsse und ihre Finanzierbarkeit. Die ansteigenden Ausgaben des gemeinsamen Agrarfonds lassen in naher Zukunft eine Erschöpfung der Eigenmittel (Agrarabschöpfungen, Zucker- und Isoglucoseabgabe, Zölle und Anteil von höchstens 1 % des Mehrwertsteueraufkommens der Mitgliedstaaten) erwarten.

Die Gemeinschaft ist daher bestrebt, den Ausgabenanstieg zu bremsen. Die Beteiligung der Agrarerzeuger an der Finanzierung der Überschüsse im Wege einer Mitverantwortungsabgabe wird als eine geeignete Maßnahme hiezu angesehen und für Milch und Zucker bereits angewandt. Es ist beabsichtigt, diese Abgabe zu erhöhen und auf weitere Produkte auszudehnen.

Die Selbstversorgung der Gemeinschaft mit Agrarprodukten nahm weiter zu und der Exportdruck der Agrarprodukte aus den EG auf den Weltmärkten verstärkte sich. Von der zunehmenden Konkurrenz wurden auch die österreichischen Exporte betroffen.

Die gemeinsamen Agrarpreise wurden im Rahmen der Preisfestsetzung für 1980/81 - in ECU ausgedrückt - um durchschnittlich 4,8 % angehoben, wobei die Erhöhung bei den meisten Produkten zwischen 5,5 % und 5,7 % lag, bei Milch, Rindfleisch und Zucker bei 4 %. Die beschlossene Preiserhöhung betrug in Landeswährung ausgedrückt 5,7 %. Mit der Preisfestsetzung wurde auch die Mitverantwortungsabgabe auf dem Milchsektor angehoben.

Die Agrarproduktion der Gemeinschaft dürfte 1980 wie im Vorjahr um etwa 9 % zugenommen haben. Da insbesondere die Energiekosten und Produktionsmittelpreise erheblich anstiegen, wird mit einem realen Rückgang der landwirtschaftlichen Einkommen - zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich - von etwa 7 % gerechnet.

Die Ernte ist teilweise sehr gut ausgefallen. Bei Getreide, Zucker und Ölseen, insbesondere Raps (+ 50 %) sind Rekordernten zu verzeichnen. Die Milcherzeugung stieg gegenüber 1979 weiter an.

Der Rindermarkt war gekennzeichnet durch das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch, sowie zwischen Ein- und Ausfuhr, weiters durch ein Stagnieren der Marktpreise, die erheblich unter den Orientierungspreisen lagen, wodurch sich hohe Abschöpfungen bei der Einfuhr aus Drittländern ergaben.

Im Agrarhandel mit Drittstaaten ist die Gemeinschaft bemüht, die Importe durch Selbstbeschränkungsvereinbarungen mengenmäßig zu regeln. Solche Vereinbarungen wurden für Schaf- und Ziegenfleisch mit den wichtigsten Lieferländern, vor allem mit Neuseeland und Australien, getroffen.

Die Gemeinschaft setzte ihr umfangreiches Nahrungsmittelhilfeprogramm fort.

Für die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sind im Budget 1980 12,0 Mrd. ECU (216 Mrd.ö.S.) vorgesehen, davon 11,5 (207 Mrd.ö.S.) für Markt- und Preisstützungsmaßnahmen (Erstattungen und Interventionen sowie für den Währungsausgleich). Für Strukturvorhaben standen 535 Mio. ECU (9,6 Mrd. ö.S.) zur Verfügung.

Industriepolitik

EGKS; Innovation und Forschung

Auch für 1980 schloß die Gemeinschaft mit den wichtigsten Stahllieferländern Vereinbarungen ab, die das Ziel hatten, die Preisdisziplin zu gewährleisten sowie Störungen auf dem Gemeinschaftsmarkt zu verhindern und die auch mengenmäßige Bestimmungen enthielten. Entsprechend gewissen Erleichterungen im innergemeinschaftlichen Bereich, die Anfang 1980 Platz griffen, wurden Erleichterungen auch für die Arrangements vorgesehen.

Im Laufe des Jahres verschlechterte sich die Marktlage jedoch zusehends. Angesichts der offensichtlichen Krise, die ab Jahresmitte in der europäischen Stahlindustrie eingetreten ist, machte die Kommission im Oktober 1980 von der ihr durch Artikel 58

des EGKS-Vertrages eingeräumten Befugnis zur Festlegung obligatorischer Produktionsquoten Gebrauch. Das System dieser Produktionsquoten umfaßt ungefähr 90 % der Walzerzeugnisse und Rohstahl und wird von Überwachungsmaßnahmen begleitet. Es gilt rückwirkend vom 1. Oktober 1980 bis 30. Juni 1981.

Die Verhandlungen mit den wichtigsten Lieferländern zur Verlängerung der genannten Arrangements für 1981 wurden im Berichtszeitraum noch nicht abgeschlossen.

Zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts beschlossen die EG ein neues Mehrjahresprogramm der gemeinsamen Forschungsstelle für 1980 - 83, das auch neue Projekte, insbesondere im Bereiche der Energie-, Umwelt- und Agrarpolitik, enthält.

Verkehr

Von der Fülle der dem Rat vorliegenden Kommissionsvorschläge hat dieser im wesentlichen nur die Entschliebung über die EG-weite Vereinheitlichung des Beginns der Sommerzeit in den Jahren 1981 bis 1982 sowie die Einführung eines EG-Führerscheins ab 1983 getroffen.

Im Bereich der Beziehungen der EG zu den Drittstaaten hat die EG-Kommission dem EG-Rat eine Mitteilung über den Wunsch Österreichs nach Gewährung eines EG-Finanzbeitrages für den Bau der IKPA unterbreitet, die im Rat eine zwar grundsätzlich positive Aufnahme fand, ohne daß jedoch schon eine Orientierung in Richtung einer Beteiligung der EG erfolgte.

Mehrere Drittländer, darunter Österreich, und die Gemeinschaft paraphierten in der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister im April 1980 in Paris ein Übereinkommen über die Regelung für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen. Dieses hat die Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Verkehrsunternehmen und eine Vereinfachung von Verwaltungsformalitäten zum Ziele.

Energie

Die Gemeinschaft war weiterhin um die Vereinheitlichung von energiepolitischen Zielsetzungen der EG-Mitgliedstaaten bemüht. Die in diesen Bereichen für das Berichtsjahr angestrebten Ziele, wie insbesondere die Verringerung der Abhängigkeit von Energieeinfuhren und das Verhältnis zwischen der Zuwachsrate des Energieverbrauchs und des Bruttoinlandsproduktes wurden weitgehend erreicht.

Im Bereich Erdgas wurde kein Anlaß gesehen, seitens der EG energiepolitisch einzugreifen, obwohl die Bemühungen um einen europäischen Erdgasverband bisher scheiterten. Auf dem Kernenergiesektor ist die verstärkte Tätigkeit der EG-Uranversorgungsagentur (Verhandlungen mit Kanada und Australien) und die intensive Forschungstätigkeit zur Erhöhung der Sicherheit in Kernkraftwerken hervorzuheben.

Die Gemeinschaft förderte verschiedene Forschungsvorhaben am technologischen Erdölsektor, im Bereiche der angestrebten Energieeinsparung und der Heranziehung alternativer Energiequellen. Ein Mehrjahresprogramm betrifft die Kohlevergasung und -verflüssigung.

Der Europäische Rat bekräftigte die Offenheit der Gemeinschaft für jeden konstruktiven Dialog mit den Ölförderländern.

Sozialpolitik

Im sozialpolitischen Bereich mußte sich die Gemeinschaft vor allem mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit, von der besonders Jugendliche betroffen sind, auseinandersetzen. Mittels des Europäischen Sozialfonds unterstützte sie die Anstrengungen der Mitgliedstaaten.

Zum Schutze der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers beschloß der EG-Rat eine Richtlinie, derzufolge die Mitgliedstaaten innerhalb von 36 Monaten Einrichtungen für eine entsprechende Konkursgarantie schaffen müssen.

Umwelt- und Verbraucherschutz

Die Arbeiten der Gemeinschaft wurden im Rahmen der vom Aktionsprogramm gesetzten Schwerpunkte fortgesetzt.

Der Rat verabschiedete eine Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch, eine Richtlinie über Grenzwerte für Schwefeldioxyd und Schwebeteilchen in der Luft sowie betreffend Umweltchemikalien (Fluorkohlenwasserstoffe). Weiters konnte sich der Rat grundsätzlich über eine Richtlinie betreffend die Verhütung schwerer Unfälle, die bei gewissen Industrietätigkeiten eintreten können, einigen.

Im Jahre 1980 waren folgende, ausschließlich am Verbraucherschutz orientierte Arbeiten im Gange:

Vorschläge der Kommission zu den Problemkreisen Sicherheit von Spielzeugen, Bezeichnung von Textilerzeugnissen, verbotene Werbebehauptungen sowie die Einführung eines gemeinschaftlichen Informationssystems bei Unfällen im Gefolge der Verwendung bestimmter Erzeugnisse.

EURONET

Das gemeinschaftliche Informationsnetz EURONET-DIANE wurde im Februar 1980 offiziell in Betrieb genommen. Derzeit nehmen bereits mehr als 1.000 Organisationen die 12 Datenbasen und Datenbanken von EURONET-DIANE in Anspruch. Nach der erfolgten Ausdehnung von EURONET auf die Schweiz und Schweden gehen die Verhandlungen über den Anschluß anderer Drittländer (wie z.B. Österreich) weiter.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB hat 1980 aus eigenen, überwiegend am internationalen Kapitalmarkt beschafften Geldern und den von der Gemeinschaft (neues Gemeinschaftsinstrument) oder den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Mitteln Darlehen in Höhe von insgesamt 3.498,5 Mio.ERE gewährt.

Die Darlehensgewährungen erfolgten wiederum in erster Linie zur Förderung regionalwirtschaftlich wichtiger Vorhaben in Italien, Irland und dem Vereinigten Königreich.

G. Schlußbemerkungen

Die allgemeine Situation der Weltwirtschaft, die sich, in von Land zu Land unterschiedlicher Weise, in strukturellen wirtschaftlichen Umstellungen auf Grund der ständig steigenden Energiekosten, in starken inflationistischen Tendenzen, steigender Arbeitslosigkeit sowie Ungleichgewichten in den außenwirtschaftlichen Bilanzen manifestiert, zeigte nun sichtbare Auswirkungen auch im größeren europäischen Freihandelsraum.

Das Jahr 1980 war allgemein durch das Bemühen gekennzeichnet, den erreichten Integrationsstand zu festigen und vor Rückschritten als Folge der weltweit angespannten Wirtschaftslage zu bewahren.

In geographischer Hinsicht hingegen ist mit Beginn 1981 die Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland erfolgt. Die EFTA-Staaten wiederum haben mit Wirkung vom 1. Mai 1980 ein Freihandelsabkommen mit Spanien abgeschlossen. Damit ist Österreich mit beiden vorgenannten europäischen Staaten in präferenzielle Integrationsbeziehungen eingetreten.

Hinsichtlich der Beziehungen Österreichs zu den EG zeigte das abgelaufene Jahr wiederum, welche Bedeutung den bestehenden vertraglichen Regelungen zukommt. Der Vorteil des gegenseitig präferenziellen Warenverkehrs sowie der vertraglich festgelegten Verfahren bei der Prüfung wirtschaftlicher Probleme, die eine Sonderregelung verlangen, erweist sich gerade in einer Zeit weltweiter Instabilität als unerlässlich.

In Bereichen, die in den bestehenden Verträgen nicht unmittelbar geregelt sind, bewähren sich gerade für eine kleine Volkswirtschaft wie jene Österreichs, pragmatische Konsultationen und informative Gespräche im Interesse möglichst reibungsfreier zwischenstaatlicher Beziehungen.

Im Berichtsjahr haben die Exporte Österreichs in den größeren europäischen Freihandelsraum ebenso wie 1979 Marktanteilsverluste erfahren, d.h. der Anteil der Importe aus Österreich an den Gesamtimporten dieser Länder bzw. Ländergruppen wurde geringer (EG 73 -3%, EFTA 73 - 7,1 %).

Eine länderweise Betrachtung zeigt, daß Österreich dabei in den EG-Staaten Marktanteile nur in Italien gewinnen konnte. Höhere Marktanteilsverluste fielen in den Niederlanden, Frankreich sowie in den früheren EFTA-Staaten Großbritannien und Dänemark an, die Marktanteilsverluste in der Bundesrepublik Deutschland hielten sich in Grenzen.

In den EFTA-Staaten gingen ebenfalls Marktanteile verloren. Österreich hat in diesen Ländern (ausgenommen Norwegen) Positionsverluste in Kauf nehmen müssen, die vor allem in Schweden hoch gewesen sind.

Die Verluste der österreichischen Exporte an den Gesamteinfuhren der EG-Staaten dürften allerdings größtenteils der Erdölvertéuerung zuzuschreiben sein, sodaß Lieferländer von Erdöl Marktanteile gewinnen konnten und andere Länder solche verloren. Berechnungen, bei welchen der Erdölpreiseffekt weitgehend ausgeschaltet wurde, zeigten, daß Österreich seine Marktanteile in den EG im Berichtsjahr etwa halten konnte.9)

9) EG 72: 1979 + 0,77 %, 1980 (neun Monate) +1,88 %; EG 73: 1979 -0,95 %, 1980 +0,34 %.

Zur besseren Darstellung der importmäßigen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft werden die analytischen Ausführungen des Berichtes durch die sogenannten Importquoten ergänzt. 10)

Die Importquote der österr. Gesamteinfuhren stieg von 29,5 % (1979) auf 31,7 % (1980). Ein Teil dieser Zunahme ist auf die Verteuerung von Erdöl, Erdölprodukten und Erdgas zurückzuführen. Auch die Quote der Importe aus den EG nahm zu, wenn auch in einem geringeren Ausmaß.

Die Importquote der EFTA, die seit Anfang der 70 er Jahre rückläufig gewesen ist, hat sich im Berichtsjahr stabilisiert.

Da das österreichische Handelsbilanzdefizit insbesondere im Jahre 1980 eine Größenordnung aufwies, die im Hinblick auf die Währungsreserven und die Grundsätze einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik auf längere Sicht nicht in Kauf genommen werden kann, war diese Frage Gegenstand eingehender Gespräche mit den EG. Österreich ließ sich hierbei von der Vorstellung leiten, daß die Gemeinschaft als sein . weitaus wichtigster Handelspartner bei ihren Überlegungen und Maßnahmen auf dieses grundlegende Problem für Österreich verstärkt Bedacht nehmen sollte.

10) d.s. österreichische Importe in Prozent des nominellen Bruttoinlandsproduktes

Als signifikant für die allgemeine wirtschaftliche Lage gilt der Sektor Stahl, dessen Probleme sich 1980 zunehmend verschärften, so daß die Gemeinschaft unter erstmaliger Geltendmachung der einschlägigen Bestimmung des EGKS-Vertrages die offensichtliche Krise statuierte und für ihre Unternehmen Produktionsquoten festsetzte. Diese Entwicklung führte auch zu Verhandlungen mit Österreich auf der Grundlage des Freihandelsabkommens sowie des ergänzenden Briefwechsels am Stahlsektor, die zu Jahresende noch nicht abgeschlossen waren.

Aus einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Sektors Papier und Papierwaren resultierten verstärkte Tendenzen in den EG zur Erschwerung solcher Einfuhren aus den Ländern des europ. Freihandelsraumes. Entsprechende Schritte Österreichs waren daher notwendig, um diesem Durch entgegenzuwirken.

In dem Maße, in dem Zölle und mengenmäßige Beschränkungen abgebaut wurden, erlangten sogenannte nichttarifarisches Handels- hemmnisse zunehmende Bedeutung für den zwischenstaatlichen Handel. Hierbei ist insbesondere auch den technischen Vorschriften und Normen, soweit sie geeignet sind, eine Erschwernis für den Handelverkehr darzustellen, ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Mit der Einbeziehung Griechenlands in das europäische Freihandels- system wird ein von Österreich seit den frühen 70er Jahren an- gestrebtes Ziel verwirklicht, nämlich die Beseitigung der ständig zunehmenden Diskriminierung der österreichischen Exporte gegen- über den EG auf dem griechischen Markt. 11)

Besondere Beachtung seitens Österreichs finden die gegen- wärtigen Verhandlungen der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal im Hinblick auf den Beitritt dieser Staaten zur

11) Siehe auch Ausführungen im Abschnitt B I 2 und D III 5

Gemeinschaft. Hierbei geht es vor allem darum, daß ein Beitritt dieser Staaten für österreichische Exporte nach Portugal und Spanien im Verhältnis zu Exporten aus den EG keine - wenn auch nur vorübergehende - Schlechterstellung zur Folge hat.

Die Bemühungen Österreichs am Agrarsektor waren auch im Berichtsjahr darauf gerichtet, für den Export wichtiger agrarischer Produkte in die EG Erleichterungen zu schaffen. Fortschritte wurden hinsichtlich eines Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Qualitätsweinen sowie die Zulassung hochgradiger österreichischer Weine beim Export in die EG erzielt. Die Unterzeichnung und Ratifikation dieser Vereinbarungen wird jedoch seitens der Bundesrepublik verzögert. Weiters wurden die Verhandlungen über die Bedingungen für die Einfuhr von bestimmten Käsesorten nach Österreich materiell abgeschlossen.

Statistischer AnhangTabelle 1Österreichische Handelsbilanz
(in Mio. O.S.)

	1976	1977	1978	1979	1980
Gesamtsaldo	- 53.976	- 73.060	- 55.776	- 63.609	- 89.677
EG (73) ¹⁾	- 59.654	- 73.303	- 59.330	- 64.315	- 73.570
EFTA (73) ²⁾	+ 1.876	- 41	+ 1.509	+ 2.612	+ 3.190
Osteuropa (ohne Jugoslawien)	+ 3.400	+ 2.706	+ 3.844	+ 2.922	- 3.411

¹⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

²⁾ CH, S, N, P, Isl, SF.

Der Warenverkehr Österreichs im größeren europäischen Freihandelsraum

(in Mio. öS)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1976	1977	1978	1979	1980	1976	1977	1978	1979	1980
Schweiz	12.990	13.989	14.249	14.484	15.783	10.976	11.409	13.672	15.170	17.015
Norwegen	937	1.016	902	1.020	1.068	2.163	2.304	1.958	2.118	2.369
Schweden	4.732	4.977	4.289	5.207	5.730	6.130	5.699	4.744	5.488	5.797
Island	24	18	24	18	22	50	38	50	42	62
Portugal	524	499	488	621	837	833	681	713	641	748
Finnland	881	1.245	1.033	1.248	1.457	1.812	1.482	1.357	1.751	2.096
EFTA	20.088	21.744	20.985	22.598	24.897	21.964	21.703	22.494	25.210	28.087
BRD	84.621	99.188	100.481	114.236	128.898	35.590	42.957	51.260	62.484	69.760
Italien	16.973	20.532	20.568	25.080	28.682	13.894	14.635	15.520	20.179	24.789
Belg.-Luxembg.	4.721	6.127	5.233	6.312	6.556	2.232	2.458	2.635	3.130	3.446
Frankreich	8.646	10.612	9.401	11.024	12.463	4.334	4.818	6.001	6.645	7.837
Niederlande	6.206	6.690	6.690	7.970	8.514	4.056	4.634	5.353	5.498	5.884
Großbritannien	7.536	8.056	7.166	7.859	8.682	7.407	7.478	8.681	9.181	8.300
Dänemark	1.730	1.897	1.803	1.924	2.161	3.217	2.883	2.617	2.936	2.590
Irland	176	312	330	440	584	225	248	275	378	366
EG	130.609	153.414	151.672	174.745	196.542	70.955	80.111	92.342	110.430	122.971
EFTA und EG	150.697	175.158	172.657	197.343	221.439	92.919	101.814	114.836	135.640	151.058
Griechenland	507	596	537	579	664	1.151	1.508	1.649	1.934	1.785
Spanien	845	1.065	1.000	1.182	1.283	1.233	1.222	1.003	1.295	1.509

Tabelle 3

Veränderungen im Außenhandel

(jeweils in % gegenüber dem vorangegangenen Jahr)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1976	1977	1978	1979	1980	1976	1977	1978	1979	1980
Schweiz	+ 18	+ 8	+ 0	+ 2	+ 9	+ 7	+ 5	+ 19	+ 11	+ 12
Norwegen	+ 19	+ 8	- 11	+ 13	+ 5	+ 20	+ 7	- 15	+ 8	+ 12
Schweden	+ 14	+ 5	- 14	+ 21	+ 10	+ 11	- 7	- 17	+ 16	+ 6
Island	- 8	- 25	+ 32	- 24	+ 20	+ 47	- 24	+ 33	- 16	+ 46
Portugal	- 8	- 5	- 2	+ 27	+ 35	+ 33	- 18	+ 5	- 10	+ 17
Finnland	+ 9	+ 41	- 17	+ 21	+ 17	+ 5	- 18	- 8	+ 29	+ 20
<u>EFTA</u>	+ 16	+ 8	- 4	+ 8	+ 10	+ 10	- 1	+ 4	+ 12	+ 11
BRD	+ 29	+ 17	+ 1	+ 14	+ 13	+ 24	+ 21	+ 19	+ 22	+ 12
Italien	+ 28	+ 21	+ 0	+ 22	+ 14	+ 33	+ 5	+ 6	+ 30	+ 23
Belg.-Luxembg.	+ 34	+ 30	- 15	+ 19	+ 5	+ 7	+ 10	+ 7	+ 18	+ 9
Frankreich	+ 30	+ 23	- 11	+ 17	+ 13	+ 33	+ 11	+ 25	+ 11	+ 18
Niederlande	+ 25	+ 8	- 0	+ 19	+ 7	+ 26	+ 14	+ 16	+ 3	+ 7
Großbritannien	+ 16	+ 7	- 12	+ 10	+ 11	+ 1	+ 1	+ 16	+ 6	- 10
Dänemark	+ 22	+ 10	- 5	+ 7	+ 12	+ 20	- 10	- 9	+ 12	- 12
Irland	+ 27	+ 78	+ 6	+ 33	+ 32	+ 26	+ 10	+ 11	+ 38	- 3
<u>EG</u>	+ 28	+ 18	- 1	+ 15	+ 13	+ 23	+ 13	+ 15	+ 20	+ 11
<u>EFTA und EG</u>	+ 27	+ 16	- 1	+ 14	+ 10	+ 20	+ 10	+ 13	+ 18	+ 11
Griechenland			- 10	+ 8	+ 15			+ 9	+ 17	- 8
Spanien			- 6	+ 18	+ 9			- 18	+ 29	+ 17

Regionale Streuung des österreichischen Außenhandels

(Prozentanteile 1976 - 1980)

Ländergruppen	Importe					Exporte				
	1976	1977	1978	1979	1980	1976	1977	1978	1979	1980
Europa	84,6	85,3	85,0	83,7	81,6	82,4	83,5	84,7	85,2	84,3
a) EG (73) ¹⁾	63,4	65,3	65,4	64,8	62,2	46,6	49,5	52,4	53,5	54,4
b) EFTA (73) ²⁾	9,7	9,3	9,1	8,4	7,9	14,4	13,4	12,8	12,2	12,4
c) Osteuropa ohne Jugoslawien	9,5	8,8	8,8	8,8	9,7	15,2	14,5	13,7	12,9	12,1
Amerika	5,4	5,5	5,4	5,6	5,8	5,7	5,4	4,9	4,5	4,1
a) Angloamerika	3,4	3,4	3,4	3,6	3,9	3,4	3,8	3,6	3,2	2,7
b) Lateinamerika	2,0	2,1	2,0	2,0	1,9	2,3	1,6	1,3	1,3	1,4
Afrika	2,4	2,2	2,5	2,9	3,3	4,3	4,3	3,9	3,9	4,5
Asien	7,4	6,8	6,8	7,5	9,1	7,2	6,4	6,0	6,1	6,8
Australien und Ozeanien	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,4	0,4	0,5	0,3	0,3
Entwicklungsländer	12,5	11,3	11,4	12,6	14,1	20,8	19,2	17,7	18,3	18,9

¹⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

²⁾ CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 5Österreichische Exporte im Jahre 1979 und 1980

Ländergruppen bzw. Länder	1979		1980	
	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	206.253	100,0	226.169
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	12,2	25.210	12,4	28.087
- EG (73) ²⁾	53,5	110.430	54,4	122.971
Schweiz	7,4	15.170	7,5	17.015
Norwegen	1,0	2.118	1,1	2.369
Schweden	2,7	5.488	2,6	5.798
Island	0,02	42	0,03	62
Portugal	0,3	641	0,3	748
Finnland	0,9	1.751	0,9	2.096
BRD	30,3	62.484	30,8	69.760
Italien	9,8	20.179	11,0	24.789
Belgien, Luxemburg	1,5	3.129	1,5	3.446
Frankreich	3,2	6.645	3,5	7.837
Niederlande	2,7	5.498	2,6	5.884
Großbritannien	4,5	9.181	3,7	8.300
Dänemark	1,4	2.936	1,2	2.590
Irland	0,2	377	0,16	366
Griechenland	0,9	1.934	0,8	1.785
Spanien	0,6	1.295	0,7	1.509

1) CH, S, N, P, Isl., SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, Irl., DK.

Tabelle 6

Österreichische Importe im Jahre 1979 und 1980

Ländergruppen bzw. Länder	1979		1980	
	%-Anteil am Gesamt- import	Wert(in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- import	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	269.862	100,0	315.846
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	8,4	22.598	7,9	24.897
- EG (73) ²⁾	64,8	174.745	62,2	196.542
Schweiz	5,4	14.484	5,0	15.783
Norwegen	0,4	1.020	0,3	1.068
Schweden	1,9	5.207	1,8	5.730
Island	0,01	18	0,01	22
Portugal	0,2	621	0,3	837
Finnland	0,5	1.248	0,5	1.457
BRD	42,3	114.236	40,8	128.898
Italien	9,3	25.080	9,1	28.682
Belgien, Luxemburg	2,3	6.212	2,3	6.556
Frankreich	4,1	11.024	4,0	12.463
Niederlande	3,0	7.970	2,7	8.514
Großbritannien	2,9	7.859	2,8	8.682
Dänemark	0,7	1.924	0,7	2.162
Irland	0,2	440	0,19	584
Griechenland	0,2	579	0,2	664
Spanien	0,4	1.182	0,4	1.283

¹⁾ CH, S, N, P, Isl, SF.

²⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, Irl., DK.

Tabelle 7Austauschrelation im Außenhandel

Deckungsverhältnis der Importe durch Exporte

Ländergruppen bzw. Länder	1977 Deckung %	1978 Deckung %	1979 Deckung %	1980 Deckung %
Welt	68,9	76,0	76,4	71,6
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	99,8	107,2	111,6	112,8
- EG (73) ²⁾	52,2	60,9	63,2	62,6
Schweiz	82,2	96,0	104,7	107,8
Norwegen	226,8	217,1	207,7	221,8
Schweden	114,5	110,6	105,4	101,2
Island	211,1	208,3	232,3	281,8
Portugal	136,5	146,1	103,2	89,4
Finnland	119,0	131,5	140,3	143,9
BRD	43,3	51,0	54,7	54,1
Italien	71,3	75,5	80,5	86,4
Belgien, Luxemburg	40,1	50,3	50,0	52,6
Frankreich	45,4	63,8	60,3	62,9
Niederlande	69,3	80,0	69,0	69,1
Großbritannien	92,8	121,1	116,8	95,6
Dänemark	152,0	145,2	152,6	119,8
Irland	79,5	83,3	85,7	62,7
Griechenland	253,0	307,1	334,0	268,8
Spanien	114,7	100,3	109,6	117,6

¹⁾ CH, S, N, P, Isl., SF.

²⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, Irl., DK.

	I	J72	J73	J74	J75	J76	J77	J78	J79	1980-3080
EFTA 72 2)	I	1.936	1.966	1.639	1.534	1.482	1.796	1.471	1.356	1.236
EG 72 3)	I	1.216	1.230	1.140	1.151	1.247	1.414	1.572	1.560	1.540
EFTA 73 4)	I	2.838	2.684	2.470	2.207	2.197	2.055	2.265	2.098	1.970
EG 73 5)	I	1.204	1.223	1.094	1.102	1.161	1.284	1.411	1.386	1.347
SCHWEIZ	I	5.488	4.962	4.901	4.344	4.101	3.795	3.907	3.755	3.594
SCHWEDEN	I	2.004	1.930	1.813	1.857	1.844	1.709	1.736	1.512	1.343
FINNLAND	I	1.673	1.788	1.523	1.447	1.594	1.343	1.306	1.264	1.172
NORWEGEN	I	1.229	1.077	1.084	1.110	1.196	1.166	1.285	1.250	1.234
ISLAND	I	.494	.475	.564	.556	.603	.500	.693	.447	.422
PORTUGAL	I	1.381	1.320	1.203	.908	1.001	.746	.666	.638	.538
IRD	I	2.063	2.046	1.965	2.059	2.229	2.611	2.942	2.909	2.902
ITALIEN	I	1.825	2.030	1.690	1.554	1.755	1.893	1.883	1.951	1.977
NIEDERLANDE	I	.655	.667	.675	.608	.634	.669	.727	.645	.584
FRANKREICH	I	.389	.397	.364	.385	.406	.420	.555	.506	.481
BELGIEN-LUXEMBURG	I	.289	.281	.339	.392	.344	.377	.392	.381	.389
IRLAND	I	.328	.310	.344	.307	.280	.285	.299	.314	.306
DAENEMARK	I	1.647	1.742	1.537	1.617	1.516	1.373	1.290	1.247	1.086
GROSSBRITANNIEN	I	1.141	1.120	.878	.848	.741	.738	.797	.715	.584
SPANIEN	I	.543	.536	.465	.437	.476	.495	.466	.449	.373
GRIECHENLAND	I	1.452	1.702	1.824	1.481	1.140	1.328	1.344	.941	1.081
TUERKEI	I	1.165	1.294	1.480	1.288	1.215	1.318	1.761	2.301	2.004

1) IMPORTE DES LANDES (DER LANDESGRUPPE) AUS OESTERREICH IN % DER GESAMTIMPORTE (EINSCHLIESSLICH DES INTRA-HANDELS DER EG BZW. DER EFTA). - 2) GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, FINNLAND. - 3) BPD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG. - 4) SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, ISLAND, FINNLAND. - 5) BPD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG, GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, IRLAND. - 6) MARKTANTEIL 1977 INFOLGE DER AUFNAHME VON STOMLIEFERUNGEN IN DER DEUTSCHEN STATISTIK UEREPHOEHT.

0: WJFO (NACH OECD-STATISTIK).

ÖSTERREICH'S MARKTANTEILE AN DEN IMPORTEN DER EG UND EFTA
 VERÄNDERUNG in % gegenüber dem Vorjahr

Tabelle 9

	I	J72	J73	J74	J75	J76	J77	J78	J79	1980-3080
EFTA 72 2)	I	8.9	-3.6	-12.2	-6.7	-3.5	-5.8	5.1	-7.8	-9.3
EG 72 3)	I	.2	1.9	-9.7	1.0	8.3	13.4	11.2	-0.8	-1.7
EFTA 73 4)	I	10.7	-5.4	-8.0	-10.7	-0.5	-6.8	10.2	-7.4	-7.1
EG 73 5)	I	2.0	1.6	-10.6	.8	5.4	10.6	9.8	-1.8	-3.0
SCHWEIZ	I	13.8	-9.6	-1.2	-11.4	-5.6	-7.5	2.0	-3.0	-5.4
SCHWEDEN	I	10.1	-3.7	-6.5	2.8	-0.7	-7.7	1.6	-12.9	-10.9
FINNLAND	I	1.6	6.0	-18.8	-5.0	10.2	-15.8	-2.7	-3.2	-9.4
NORWEGEN	I	9.5	-12.4	.8	3.1	6.8	-2.5	10.2	-2.7	1.3
ISLAND	I	11.4	-3.8	19.4	-1.9	8.5	-17.0	38.7	-35.5	-1.1
PORTUGAL	I	-1.9	-4.2	-9.1	-24.5	10.3	-25.5	-10.7	-4.2	-15.2
BRD	I	.8	-0.9	-7.9	4.8	8.2	17.1	12.7	-1.1	-1.0
ITALIEN	I	2.8	11.7	-17.1	-7.0	12.7	7.9	-0.5	3.6	1.7
NIEDERLANDE	I	2.2	1.8	1.3	-9.9	4.2	5.6	8.6	-11.3	-9.7
FRANKREICH	I	7.6	2.0	-8.0	5.2	5.5	5.7	29.2	-8.7	-6.3
BELGIEN-LUXEMBURG	I	-11.7	-2.7	20.7	15.7	-7.1	3.7	4.0	-3.0	1.5
IRLAND	I	26.1	-5.7	11.4	-11.3	-8.8	1.8	5.0	4.9	-0.3
DAENEMARK	I	1.2	5.7	-11.8	5.2	-6.2	-9.4	-6.1	-3.3	-14.7
GROSSBRITANNIEN	I	10.8	-1.8	-21.6	-3.5	-12.6	-0.9	8.5	-10.3	-18.4
SPANIEN	I	8.8	-1.2	-17.7	-6.0	8.8	4.1	-5.8	-3.9	-18.1
GRIECHENLAND	I	-3.8	17.2	7.2	-18.8	-27.0	16.5	1.2	-30.0	15.4
TUERKEI	I	-17.0	11.1	14.7	-12.9	-5.7	8.5	37.6	30.6	-13.7

1) IMPORTE DES LANDES (DER LANDESRUPPE) AUS ÖSTERREICH IN % DER GESAMTIMPORTE (EINSCHLIESSLICH DES INTRA-HANDELS DER EG BZW. DER EFTA). - 2) GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, FINNLAND. - 3) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG. - 4) SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, ISLAND, FINNLAND. - 5) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG, GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, IRLAND. - 6) MARKTANTEILSGEWINN 1977 INFOLGE DER AUFNAHME VON STROMLIEFERUNGEN IN DER DEUTSCHEN STATISTIK ÜBEREINDEUT.

0: WIFO (NACH OECD-STATISTIK).

ANTEILE DER IMPORTE AM nominellen Brutto-Inlandsprodukt
 NACH LAENDERGRUPPEN U. LAENDERN

Tabelle 10

	EG 72	EFTA 72	EG 73	EFTA 73	B R D	GRIECHEN- LAND	TUERKEI	SPANIEN	GRIECHENL. TUERKEI SPANIEN	OPEC	OST- STAATEN	INSGESAMT
J54 I	1.66	18.19
J55 I	2.03	21.58
J56 I	2.03	21.29
J57 I	2.27	22.29
J58 I	2.19	20.36
J59 I	11.68	2.41	12.76	1.30	8.19	2.30	20.39
J60 I	12.77	2.76	14.05	1.49	9.0319	2.53	22.60
J61 I	12.75	2.75	13.99	1.51	9.1818	2.22	21.41
J62 I	12.45	2.78	13.72	1.52	8.9015	2.32	21.03
J63 I	12.28	2.98	13.60	1.61	8.7114	2.54	21.06
J64 I	12.57	3.12	13.92	1.77	8.9214	2.27	21.37
J65 I	13.12	3.31	14.61	1.82	9.2614	2.39	22.17
J66 I	13.26	3.59	14.88	2.02	9.5715	2.16	22.56
J67 I	12.32	3.84	13.87	2.30	8.7615	1.91	21.04
J68 I	12.14	3.89	13.75	2.29	8.7614	2.06	21.16
J69 I	12.39	4.27	14.19	2.48	9.0618	2.12	21.94
J70 I	13.77	4.81	15.78	2.81	10.1323	2.30	24.56
J71 I	13.94	4.90	15.94	2.91	10.2349	2.28	24.95
J72 I	14.66	4.76	16.54	2.80	10.6053	2.15	25.32
J73 I	14.98	4.71	16.61	3.09	10.7366	2.16	25.74
J74 I	15.43	4.42	16.88	2.99	11.00	1.67	2.67	27.45
J75 I	14.25	3.85	15.48	2.64	9.94	1.25	2.54	24.85
J76 I	16.73	4.05	18.04	2.77	11.69	.07	.11	.12	.30	1.45	2.71	28.46
J77 I	18.09	4.01	19.39	2.75	12.54	.08	.10	.13	.31	1.16	2.62	29.68
J78 I	17.02	3.58	18.13	2.51	12.01	.06	.09	.12	.28	1.12	2.44	27.72
J79 I	17.99	3.54	19.11	2.47	12.49	.06	.09	.13	.28	1.57	2.60	29.52
J80 I	18.60	3.59	19.75	2.50	12.95	.07	.08	.13	.27	2.25	3.09	31.72

Tabelle 11

Entwicklung des Inlandsmarktanteiles der
österreichischen Industrieproduktion
1970 bis 1980

	Inlandsmarktanteile ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr
	in %	in %
1970	61,0	- 3,1
1971	60,6	- 0,4
1972	59,6	- 1,0
1973	60,2	+ 0,6
1974	58,0	- 2,2
1975	58,6	+ 0,6
1976	55,3	- 3,3
1977	53,4	- 1,9
1978	54,2	+ 0,8
1979	52,6	- 1,6
1980 ²⁾	51,8	- 0,8

1) Berechnung zu laufenden Preisen. - 2) Vorläufig.

Q: WIFO.

Warenmäßige Streuung des österreichischen Außenhandels

(Prozentanteile 1976 - 1980)

Warengruppen	I m p o r t e					E x p o r t e				
	1976	1977	1978	1979	1980	1976	1977	1978	1979	1980
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nahrungs- und Genußmittel	6,3	6,3	6,2	5,5	5,2	4,1	3,6	3,9	3,9	4,0
Rohstoffe (einschließlich elektrischer Energie)	19,5	17,3	17,4	19,6	22,4	10,5	10,5	9,5	9,9	10,4
Halbfertige Waren	16,2	15,8	16,6	16,7	16,1	21,5	22,1	21,9	23,5	22,7
Fertigwaren	58,0	60,6	59,8	58,2	56,3	63,9	63,8	64,7	62,7	62,9
a) Maschinen und Verkehrsmittel	31,4	33,8	30,7	29,7	28,6	27,8	27,9	29,0	28,2	27,7
b) Andere Fertigwaren	26,6	26,8	29,1	28,5	27,7	36,1	35,9	35,7	34,5	35,2
o d e r :										
a) Investitionsgüter	17,5	18,1	19,3	17,9	17,4	25,0	23,8	24,8	24,0	22,9
b) Konsumgüter	40,5	42,5	40,5	40,3	38,9	38,9	40,0	39,9	38,7	40,0
Sonstige Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 13

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit den EG¹⁾
(in Mio . ÖS)

	EG 72 ²⁾				EG 73 ³⁾					
	1960	1965	1968	1972	1973	1976	1977	1978	1979	1980
Österr. Einfuhren	1.799	3.157	2.653	4.051	5.659	7.969	8.826	8.667	9.596	10.229
Österr. Ausfuhren	1.235	1.774	1.806	3.529	3.310	3.584	3.607	4.178	4.820	5.174
Saldo	- 564	-1.383	- 847	- 522	-2.349	-4.385	-5.219	-4.489	-4.776	-5.055

Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels mit Großbritannien, Dänemark und Irland¹⁾
(in Mio . ÖS)

	1960	1965	1968	1972
Österreichische Einfuhren	170	440	383	631
Österreichische Ausfuhren	84	230	260	351
Saldo	-86	-210	-123	-280

¹⁾ Berechnung nach dem SITC-Code.

²⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux.

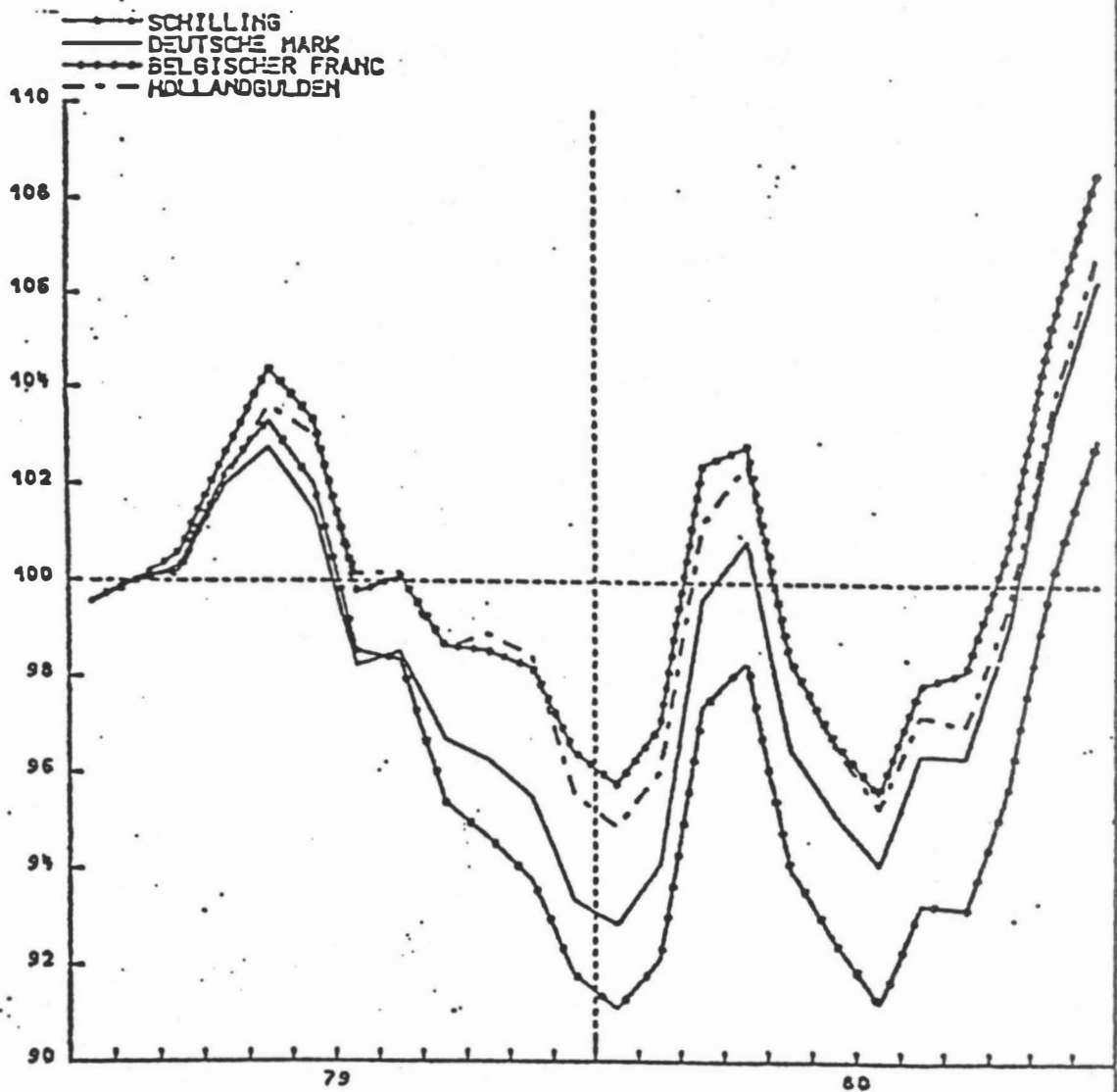
³⁾ BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

Produktionswerte der österreichischen Industrie
(in Mill.ÖS)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980 1)
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	18.599	21.025	20.731	25.789	26.130	28.291	32.698	31.902,3
Erdöl	9.723	16.674	18.472	22.815	22.587	24.296	30.147	39.562,9
Steine und Keramik	12.010	13.607	13.329	14.557	15.829	16.341	17.204	19.247,0
Glas	2.562	2.906	2.455	2.881	3.126	3.146	3.669	4.454,0
Chemie	31.109	40.370	38.835	44.408	47.153	48.556	55.515	62.515,3
Papierherzeugung	11.946	16.766	16.611	17.578	17.519	16.155	19.071	21.804,3
Papierverarbeitung	4.178	5.408	5.512	5.833	5.989	5.879	6.757	7.869,6
Holzverarbeitung	10.382	11.692	11.052	12.490	14.169	14.508	15.613	16.988,1
Nahrungs- und Genussmittel	33.233	41.871	45.164	49.837	54.735	56.398	60.905	64.382,9
Lederherzeugung	868	937	923	1.141	1.208	1.176	1.401	1.326,8
Lederverarbeitung	4.758	4.822	4.451	5.010	5.541	5.524	6.014	7.326,8
Gießereien	3.480	3.882	4.018	4.225	4.339	4.471	5.151	5.558,4
Metall	7.662	10.079	7.467	8.788	9.871	9.676	11.489	11.412,5
Maschinen- und Stahlbau	24.007	29.676	32.310	35.825	38.231	40.719	45.822	50.114,6
Fahrzeuge	9.744	11.652	11.211	13.129	15.352	13.820	15.318	19.826,9
Eisen- und Metallwaren	20.944	24.034	22.813	25.660	27.595	29.193	31.206	33.753,4
Elektro	20.425	24.052	22.355	25.555	28.360	29.001	30.021	33.144,7
Textil	20.971	22.426	19.627	21.752	22.211	21.497	22.844	23.957,2
Bekleidung	9.409	10.123	10.099	10.652	11.014	10.797	11.968	13.968,5
insgesamt	261.010	312.002	308.935	347.925	370.958	380.588	422.813	469.116,1

1) Vorläufige Werte (Stand: März 1981)

ETS-FAHRUNGEN UND SCHILLING
GEGENÜBER US-DOLLAR
FEB. 1979=100



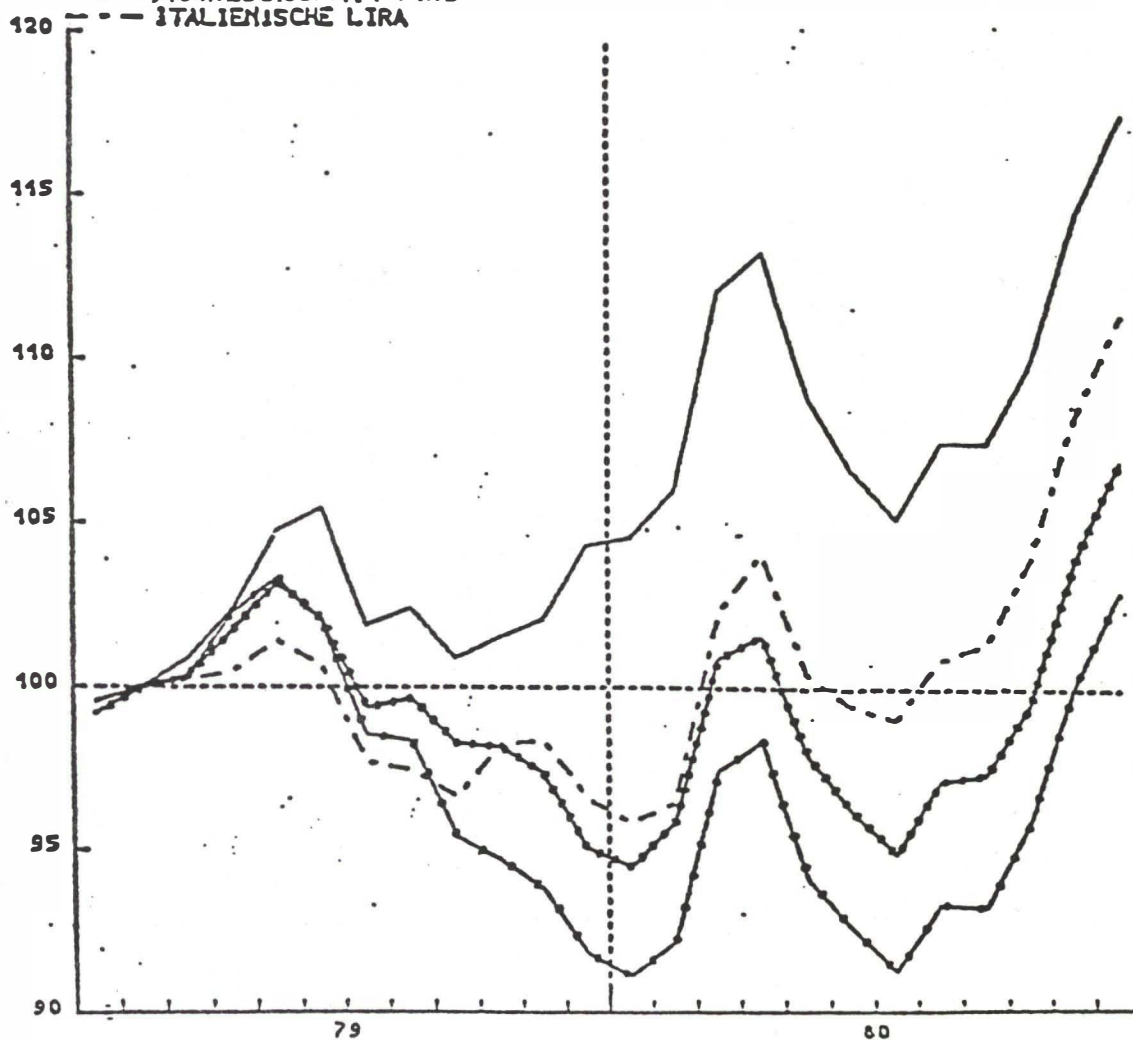
Erläuterung: Liegt z.B. der Schillingkurs bei 94, so bedeutet dies, daß der S-Kurs in Schilling nur 94% des S-Kurses vom Februar 1979 beträgt, also der Schilling entsprechend stärker geworden ist.

ÖB

Tabelle 16

EKS-VAERUNGEN UND SCHILLING
GEGENUEBER US-DOLLAR
FEB. 1979=100

—●— SCHILLING
— DAENISCHE KRONE
— FRANZÖSISCHER FRANC
- - - ITALIENISCHE LIRA



Erläuterung: Liegt z.B. der Schillingkurs bei 94, so bedeutet dies, daß der S-Kurs in Schilling nur 94% des S-Kurses vom Februar 1979 beträgt, also der Schilling entsprechend stärker geworden ist.

ÖNB